

Der Zweite Block der Nationalen Minderheiten im Parlamentarismus Polens 1927-1928*

von
Paweł Korzec

1. Die politische Lage der nationalen Minderheiten von 1923—1927

Der Block der Nationalen Minderheiten (Blok Mniejszości Narodowych = BMN) war im parlamentarischen Leben Polens des Jahres 1922 das Ergebnis einer Selbsthilfeaktion seitens der nationalen Minderheiten, die mehr als 35 v. H. der Bevölkerung des polnischen Staates ausmachten. Trotz des Minderheitenschutzvertrages und der Prinzipien der Verfassung von 1921 gelang es der nationalistischen polnischen Mehrheit im Verfassunggebenden Sejm (Konstituante) 1922, einen Gesetzentwurf zur Wahlordnung durchzusetzen, der darauf abzielte, die Vertretung der Minderheiten durch eine besondere Wahlgeometrie möglichst klein zu halten. Die natürliche Antwort der Minderheiten war ihr Zusammenschluß. Der Block der Nationalen Minderheiten wurde jedoch gleich nach seiner Grün-

*) Dieser Beitrag schließt an den Aufsatz des Verfassers „Der Block der Nationalen Minderheiten im Parlamentarismus Polens des Jahres 1922“, erschienen in: ZfO 24 (1975), S. 193—220, an. Das Manuskript ist von Frau Ruth Scholz, Kassel, aus dem Polnischen übersetzt worden.

Für Vereine, Verbände und Parteien werden folgende Abkürzungen verwendet:

- | | |
|-----------|--|
| Aguda | = Agudas Israel [Jüdischer Verband der sog. Orthodoxen] |
| BBWR | = Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem [Unparteiischer Block der Zusammenarbeit mit der Regierung] |
| BMN | = Blok Mniejszości Narodowych [Block der Nationalen Minderheiten] |
| Bund | = Algemajner Jidiszer Arbajter-Bund |
| DSAP | = Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei |
| Folkisten | = Folkspartaj = Jidisze Demokratisze Folks-Partaj in Pojln |
| Hramada | = Bełaruskaja Sialjanska Rabočaja Hramada [Weißruthenische Bauern- und Arbeitergemeinde] |
| KPZB | = Komunističnaja Partyja Zachodniej Biełarusi [Kommunistische Partei des westlichen Weißruthenien] |
| KPZU | = Komunistyčna Partija Zachidnoji Ukrajinny [Kommunistische Partei der Westukraine] |
| ND | = Endecja = Narodowa Demokracja [Nationaldemokratie] |
| PC | = Poale Cijon [Poale Zion] |
| PPS | = Polska Partia Socjalistyczna [Polnische Sozialistische Partei] |
| Sel-Rob | = Ukrain's'ke Selans'ko-Robitnyčne Socialistyčne Ob'jednannia [Ukrainische sozialistische Bauern- und Arbeitervereinigung]. Livyčia = linker Flügel, Pravyčia = rechter Flügel |
| UNDO | = Ukrain's'ke Nacional'no-Demokratyčne Objednannia [Ukrainische nationaldemokratische Vereinigung] |
| UNS | = Ukrain's'kyj Narodnyj Sojuz [Ukrainischer Nationalverband] |
| UPP | = Ukrain's'ka Partija Praci [Ukrainische Arbeiterpartei] |
| USRP | = Ukrain's'ka Socialistyčno-Radykalna Partija [Ukrainische sozialistisch-radikale Partei] |
| UVO | = Ukrain's'ka Vijs'kova Orhanizacija [Ukrainische Militärorganisation] |

dung zur Zielscheibe von Angriffen aller polnischen politischen Gruppierungen.

Nichtsdestoweniger zeigten die Wahlen vom November 1922 trotz des Wahlboykotts der Ukrainer Ostgaliziens einen Erfolg des BMN. Mit 16 v. H. aller Stimmen lag er an zweiter Stelle hinter dem Rechtsblock, dem Christlichen Verband der Nationalen Einheit („Chjena“, 29 v. H. der Stimmen). In vier östlichen Wojewodschaften errang der BMN mehr als 75 v. H. der Stimmen. Insgesamt erhielten die Minderheiten 22 v. H. der Stimmen und gewannen 89 Sitze im Sejm (20 v. H.) sowie 27 Sitze im Senat (24 v. H.). Da die polnische Bevölkerung politisch zersplittert war, erlangten die nationalen Minderheiten die Position einer „dritten Kraft“ im Kampf zwischen der Rechten und den demokratischen Gruppen der Linken, obwohl die letzteren auf Grund der allgemeinen nationalistischen Tendenzen es vermieden, offiziell mit den Minderheiten in Verbindung gebracht zu werden. Diese Situation wurde in dem besonders bezeichnenden Wahlkampf für den ersten Staatspräsidenten ganz offenbar. Trotz des relativen Übergewichts der Rechten führten die Abgeordneten und Senatoren der nationalen Minderheiten durch ihre Stimmabgabe eine Entscheidung zugunsten von Prof. Gabriel Narutowicz, dem Kandidaten der Linken und der Mitte, herbei. Die Wahl von Narutowicz entfachte eine wütende Kampagne der enttäuschten Rechten, die nach einigen Tagen mit der Ermordung des Präsidenten endete.

Auf die stürmischen Ereignisse Ende 1922 folgte ein verhältnismäßig stabiler politischer Zeitraum von mehrjähriger Dauer. Die aufeinanderfolgenden Regierungen, die in erheblichem Maße unter dem Einfluß der Rechten standen, nahmen, anstatt gegen die wachsende faschistische Gefahr zu kämpfen (in den Jahren 1923/24 gingen hartnäckige Gerüchte über einen drohenden faschistischen Putsch nach dem Muster des Umsturzes von Mussolini um), eine Kampagne gegen die Linke und besonders gegen die nationalen Minderheiten auf.

Die Regierung General Sikorskis, die berufen wurde, um die „Rechte“ zu beschwichtigen und einen Bürgerkrieg zu verhindern, der durch den Mord an dem Staatspräsidenten Narutowicz drohte, neigte sich unzweideutig den rechtsgerichteten Gegnern zu. Die antisemitischen Akzente im Exposé des Premiers veranlaßten die jüdische parlamentarische Vertretung, der Regierung Sikorski das Vertrauen zu versagen, während die Abgeordneten der übrigen Minderheiten für die Regierung stimmten.¹ Kurz danach wurde auf Initiative des nationaldemokratischen Kultusministers Professor Głąbiński (in der Regierung W. Witos vom 28. Mai bis 23. Dezember 1923) in der Unterrichtskommission des Sejms der Gesetzentwurf über den Numerus clausus für jüdische Studenten durchgesetzt. Wegen der heftigen Protestaktionen in internationalen Kreisen

1) Stenographisches Protokoll der 7. Sitzung des Sejm vom 19. 1. 1923. Exposé von Premier W. Sikorski: Spalte 5—23. In der Diskussion über das Exposé des Premiers hielt der Rabbiner Dr. Ozjasz Thon aus Krakau im Namen der jüdischen Fraktionen eine sehr energische Rede. Stenogr. Protokoll der 9. Sitzung des Sejms vom 22. 1. 1923, Sp. 29—36.

wurde dieser Entwurf zurückgezogen. De facto jedoch wurde der Numerus clausus auf Grund von Beschlüssen der Hochschulsenate angewandt. Dabei schützte die Regierung die These von der Autonomie der Hochschulen vor.²

Ein wichtiges Element in der Frage der slawischen Minderheiten war der Beschluß des Botschafterrates vom 15. März 1923, der Polen die Souveränität über Ostgalizien zusprach und die Ostgrenze Polens, wie sie im Rigaer Vertrag mit der Sowjetunion festgelegt war, anerkannte. Die Beseitigung des bisherigen Faktors internationaler Beschlüsse und Kontrollen, mit denen die polnischen Regierungen rechnen mußten, bedeutete den Beginn eines Zeitraums ungehemmter antiukrainischer und antiweißruthenischer Politik. Als Vorwand für diese Offensive diente der zunehmende Widerstand der Bevölkerung in den Ostgebieten.³

In innenpolitischer Beziehung war der 15. März 1923 auch gewissermaßen eine Art Umbruch im Verhältnis der ukrainischen Bevölkerung zu Polen. Die Hoffnungen der Emigrationsregierung Petruševyč auf eine Lösung der ukrainischen Frage auf diplomatischem Wege brachen zusammen. Unverzüglich nach dem 15. März 1923 zogen Petruševyč und seine politischen Mitarbeiter von Wien nach Berlin um. Diese Verlegung des Sitzes war sowohl der Ausdruck einer völlig veränderten politischen Orientierung der Emigrationsregierung als auch der ukrainischen Inlandsstellen. Die Enttäuschung über die Mächte der Entente drängte die ukrainische Bewegung in eine prodeutsche Orientierung. In einigen Kreisen, besonders in der Gruppe der sog. „Rada“, die von Petruševyč geleitet wurde, zeigten sich auch prosowjetische Tendenzen, besonders im Zusammenhang mit der damals in der Sowjetunion betriebenen Politik der sog. Ukrainisierung.

Die größten Veränderungen erfolgten jedoch innerhalb der slawischen Bevölkerung in Polen selbst. Unter dem Einfluß einer brutalen Nationalitätenpolitik, die von den rechtsgerichteten Regierungen betrieben wurde, wuchsen in der ukrainischen Bevölkerung Tendenzen einer politischen Konsolidierung, die Mitte 1925 zur Entstehung einer starken Partei, der UNDO [Ukrainische Nationaldemokratische Vereinigung], führten, an deren Spitze der engagierte Politiker Dmytro Levyc'kyj stand. In den Jahren

2) Bulletin du Comité des Délégations juives auprès de la Conférence de la Paix, 25. 8. 1923, Nr. 26.

3) Genaueres über die Politik des polnischen Staates gegenüber den nationalen Minderheiten: A. Deruga: *Polityka wschodnia Polski wobec ziem Litwy, Białorusi i Ukrainy 1918—1919* [Die Ostpolitik Polens gegenüber den Gebieten Litauens, Weißrußlands und der Ukraine], Warschau 1969; W. K u t s c h a b s k y : *Die Westukraine im Kampfe mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918—1923*, Berlin 1934; St. M o r n i k [Pseudonym von Erich Jaensch]: *Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen*, Berlin, Leipzig 1931; O. H e i k e : *Das Deutschtum in Polen 1918—1939*, Bonn (1955); W. K u h n : *Das Deutschtum in Polen und sein Schicksal in Kriegs- und Nachkriegszeit*, in: *Osteuropa Handbuch — Polen*, hrsg. von W. M a r k e r t , Köln, Graz 1959, S. 138—164; J. B e r a n e k : *Das Judentum in Polen*, ebenda, S. 119—137.

1924/25 nahm auch der Partisanen- und Terrorkampf der Ukrainischen Militärorganisation (UVO) zu, die vom Ausland aus von Oberst Konowalec geführt wurde. Im Zusammenhang mit den entschlossenen Repressalien der polnischen Behörden entstand in Ostgalizien und Wolhynien ein an Bürgerkrieg grenzender Zustand der Unruhe.

Auch die weißruthenische Bevölkerung wurde aktiv. Neben den bisher tätigen christlich-demokratischen Organisationen entstand 1925 die einflußreiche „Bauern- und Arbeitergemeinde“, kurz „Hramada“ [Gemeinde] genannt. Diese Organisation, die sich zu einem radikalen Sozial- und Agrarprogramm bekannte, zeigte prokommunistische Tendenzen. Bei ihrer Liquidierung im Jahre 1927 besaß die „Hramada“ mehrere hundert lokale Komitees mit rund 100 000 Mitgliedern. Innerhalb des weißruthenischen Bauerntums gewannen linksgerichtete und prosowjetische Tendenzen deutlich die Oberhand. Die massenweise angewandten Repressalien beschleunigten nur den Prozeß der Erweckung des nationalen Bewußtseins dieser bisher politisch unentwickelten nationalen Minderheit.⁴

Eine schnelle Entwicklung machte die deutsche Minderheit durch. Die Panik der Nachkriegszeit und die anfängliche politische Passivität waren vorüber. In wenigen Jahren erlebten die Deutschen in Polen einen inneren Konsolidierungsprozeß und bauten ein Netz politischer, sozialer und kultureller Organisationen auf.

Diese Minderheit bildete eine relativ in sich geschlossene Bevölkerung, die zu dieser Zeit für Assimilierungstendenzen der polnischen Umgebung kaum noch geeignet war. Eine bedeutende Rolle spielte dabei der Nationalstolz, der seinen Ursprung in dem hohen wirtschaftlichen und kulturellen Stand im Vergleich sowohl zur polnischen Bevölkerung als auch zu den anderen nationalen Minderheiten hatte. Das Bewußtsein der eigenen Stärke und der in einigen Kreisen ziemlich stark ausgebildete Nationalismus riefen eine außerordentlich heftige Reaktion auf den nationalen Druck hervor.

Die politische Lage im benachbarten Deutschen Reich übte auf die Haltung der deutschen Minderheit einen erheblichen Einfluß aus. Die starke Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen nach Rapallo und besonders 1925 im Zusammenhang mit dem Pakt von Locarno und dem

4) Interpelacji białoruskich pałou u Polski sojm 1922—1926. Zbornik dokumentau ab panskich hwałtach, katawanjach i dziekach nad sjalanami i raboćimi u Zachodniej Białorusi [Interpellationen der weißruthenischen Abgeordneten im polnischen Sejm. Dokumentensammlung über Gewaltanwendungen, Folterungen und Quälereien der Herren gegenüber den Bauern und Arbeitern im westlichen Weißrußland], Minsk 1927, 496 S. — Bis zum 11. 7. 1925 enthält die Veröffentlichung Interpellationen der weißruthenischen Abgeordnetenfraktion und seit der Trennung der Abgeordneten der Hramada von der Fraktion Interpellationen der Abgeordneten dieser Organisation. Diese Veröffentlichung wurde in der Sowjetunion mit deutlich antipolnischen Zielen herausgegeben. Trotzdem stellen die darin enthaltenen Dokumente eine wichtige Quelle zum Problem des weißruthenischen Volkstums in Polen dar. Siehe auch: A. A j n e n k i e l: *Od rządów ludowych do przewrotu majowego* [Von den Volksregierungen bis zum Maiumsturz], 2 Aufl. Warschau 1968, S. 287—289.

sog. Zollkrieg trug zum Anwachsen der oppositionellen Einstellung der deutschen Bevölkerung in Polen bei.

Sie zeigte einen relativ erheblichen Grad von Einmütigkeit der öffentlichen Meinung und disziplinierter Haltung. Auf dem Gebiet der Nationalpolitik gab die „Deutsche Vereinigung in Sejm und Senat“ Ton und Richtung an, der sich alle politischen und sozialen Organisationen grundsätzlich unterordneten. Aus dieser Disziplin und Solidarität brachen manchmal die relativ schwachen sozialistischen Organisationen aus, die Tendenzen zur Zusammenarbeit mit polnischen Sozialisten und den Sozialisten anderer nationaler Minderheiten zeigten.

Völlig anders war die Lage der jüdischen Bevölkerung. Das Drama der Wahl von Narutowicz und die damit verbundene antisemitische Kampagne verstärkten in der jüdischen Bevölkerung die Unruhe und die Tendenzen, die Beziehungen mit den einzelnen Regierungen zu regeln. Es war ja die Zeit, in der wirtschaftliche Probleme politische Aspirationen in den Hintergrund drängten. Nach der katastrophalen Superinflation der Jahre 1922/23 kam die Zeit einer Stabilisierung der Währung, der Deflation und einer drakonischen Finanzpolitik der Regierung W. Grabski 1924/25. Während des anhaltenden Wirtschaftsboykotts schob die Regierung Grabski die Last der Besserung der Finanzlage Polens auf die Städte ab, während die reichsten Großgrundbesitzer geschont wurden.

Das Ergebnis dieser Politik war eine starke Verarmung des jüdischen Bürger- und Kleinbürgertums. Man hatte den Eindruck, daß die Regierung den wirtschaftlichen Ruin der Juden gezielt verwirklichte, um sie auf diese Weise zu einer Massenemigration zu zwingen. Das Programm einer derartigen Lösung der Judenfrage wurde übrigens von der Mehrheit der Theoretiker und Publizisten der „Nationalen Partei“ (Stronnictwo Narodowe) — das war die damals neugewählte Bezeichnung der „Narodowa Demokracja“ [Nationaldemokratie] — lanciert.

Mitte 1925 durchlebte die Regierung Grabski eine schwere Krise. In Zusammenhang mit dem Gesetz über die Agrarreform geriet Grabski in Konflikt mit dem Großgrundbesitz und auch mit seiner eigenen Partei, dem „Stronnictwo Narodowe“. Immer deutlicher wurde der politische Druck Piłsudskis, der seit drei Jahren kaltgestellt war, spürbar. Die heftige Verschärfung der Nationalitätenfragen führte zum Rücktritt des Bauernführers Thugut, der Anhänger einer Verständigungspolitik mit den Minderheiten war. Angesichts der drohenden Gefahr des Sturzes seiner Regierung begann Grabski Gespräche mit den Vertretern der Minderheiten. Die versöhnlich eingestellte galizische jüdische Parlamentariergruppe unter Führung von Reich und Thon erwies sich zu weitgehenden Kompromissen bereit. Nach langen Geheimgesprächen wurde am 4. Juli 1925 ein Abkommen zwischen der Regierung und Vertretern der jüdischen parlamentarischen Fraktion unterzeichnet. Gegen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Konzessionen verzichteten die jüdischen Politiker auf eine selbständige Politik in allgemein-staatlichen Fragen. Das sollte darin be-

stehen, daß sie jeder Regierung bei jeder Abstimmung das Vertrauen aussprachen und für den Budget-Entwurf stimmten.⁵

Dieses Abkommen rief eine heftige Opposition bei den Abgeordneten der Gruppe um Izaak Grünbaum hervor. Sie verurteilten den einer Kapitulation gleichenden Charakter des Abkommens, das den jüdischen Abgeordneten die Möglichkeit einer unabhängigen Politik nahm, was der Natur der Sache nach gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung verstieß. Außerdem glaubten die radikalen Zionisten nicht an den guten Willen der Regierung, die sich ihrer Ansicht nach von momentanem Opportunismus leiten ließ. Dieser Standpunkt erwies sich übrigens als richtig, und der laut gerühmte Versuch einer polnisch-jüdischen Verständigung endete rasch mit einem völligen Fiasko.⁶

Besondere Mißbilligung fand das Abkommen in ukrainischen Kreisen, die erklärten, daß jüdische Politiker für chimärenhafte Versprechungen der Regierung auf eine selbständige Politik verzichtet und sich entschlossen hätten, die Einheit mit den übrigen nationalen Minderheiten aufzugeben. Der damals in Lemberg stattfindende Steiger-Prozeß sowie der Mord am Chef der ukrainischen Emigrationsregierung, Ataman Petljura, der in Paris von dem jungen jüdischen Arbeiter Szwarcbart verübt wurde⁷, haben in dieser Zeit die Beziehungen zwischen der ukrainischen und der jüdischen Bevölkerung noch mehr verschlechtert.

*

Der Umsturz Piłsudskis im Mai 1926 stieß auf lebhafteste Zustimmung und Unterstützung von seiten der jüdischen und auch der deutschen Minderheit. Die ersten Erklärungen der neuen Regierung, die von Professor Kazimierz Bartel gebildet wurde, ließen annehmen, daß eine neue Epoche in den Beziehungen zwischen dem polnischen Staat und seinen nationalen Minderheiten bevorstünde.⁸ Die slawischen Minderheiten verhielten sich reserviert und abwartend, obwohl auch sie die Beseitigung der rechtsgerichteten Regierungen positiv beurteilten. Sowohl die politische Krise, die vor dem Umsturz bestanden hatte, als auch der Umsturz selbst sowie die Hoffnung auf Neuwahlen setzten die Frage der Gründung eines neuen Blocks der nationalen Minderheiten auf die Tagesordnung.

Die Idee, einen Block der nationalen Minderheiten zu bilden, und zwar mit politischem Profil und sehr viel weitergehenden Aufgaben als einem kurzfristigen Wahlabkommen, kam diesmal von den ukrainischen Führern. Schon Anfang 1926 wandten sie sich an die deutschen Abgeordneten und schlugen eine Vereinbarung und Zusammenarbeit der nationalen Minderheiten in Polen vor. Die Verhandlungen sollten nach ihrem Vorschlag die Deutschen, Ukrainer, Weißruthenen und Litauer einbeziehen.

5) P. Korzec: Das Abkommen zwischen der Regierung Grabski und der jüdischen Parlamentsvertretung, in: Jbb. für Geschichte Osteuropas, N. F. 20 (1972), S. 331—366.

6) ebenda, S. 353—357.

7) ebenda, S. 349, Anm. 73.

8) ebenda, S. 357; Biuletyn polityczny, red. von Alicja Bełcikowska, 1926, Nr. 2—3, S. 78—79, 92—93.

Erst später sollte man den Juden den Beitritt zu dem Abkommen vorschlagen.⁹ Die ukrainischen Vertreter legten gleichzeitig einen Entwurf für die Organisationsstruktur des vorgeschlagenen Zusammenwirkens vor.¹⁰

Die deutschen Abgeordneten besprachen den ukrainischen Entwurf erst untereinander und anschließend auf einem Treffen mit ukrainischen Vertretern und einem „bekannten“ (aber namentlich nicht genannten) Deutschen. Die entscheidende Sitzung fand in Warschau am 22. April 1926 statt. Deutscherseits nahmen daran teil die Abgeordneten Naumann und Piesch sowie Senator Szczeponik. Die fünfköpfige ukrainische Delegation wurde von Dr. Dr. Dymtro Levyc'kyj angeführt, dem Vorsitzenden der UNDO.¹¹

Die Ukrainer vertraten folgenden Standpunkt: Man solle die Gründung eines von Polen unabhängigen ukrainischen Staates anstreben. Danach müsse man „mit allen Mitteln“ streben, zu denen auch Erregung von Unruhe und Schädigung der Interessen Polens auf allen Gebieten gehören sollten. Bei den kommenden Wahlen beabsichtigten die Ukrainer, ihre Abgeordneten fast völlig auszutauschen. Es sollten Personen kandidieren, die wahre Vertrauensmänner des ukrainischen Volkes seien und es verstünden, alle Erleichterungen der polnischen Regierung auszunutzen, ohne das endgültige Ziel aus den Augen zu verlieren. Da auch andere Nationalitäten unterdrückt würden, müsse man sich eng gegen den gemeinsamen Feind, nämlich Polen, zusammenschließen.

9) Der Krakauer Konsul Kleemann an das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches (AA) am 24. 4. 1926: „Bestrebungen der Ukrainer zur Bildung eines Blocks der Minderheiten in Polen“; Politisches Archiv des AA (weiterhin zit.: P. A.), Polen — Ukraine Geheimakten (weiterhin zit.: Polen-Ukr. G. A.), Bd 3, S. 1—6, hier S. 1.

10) ebenda, S. 6. Wir bringen hier den vollen Text des „Entwurfs“:

„Die nationalen Minderheiten bilden ein ständiges Komitee der nationalen Minderheiten in Polen mit dem Sitz in Warschau.

Die Aufgaben des Komitees:

1. Die Wahrung der politischen Rechte der Minderheiten, wie sie durch die Verfassung der Republik Polen und durch Minderheitenklauseln der Internationalen Verträge verbrieft sind und diesen gegenüber Polen verpflichtet ist.

2. Die Wahrung der Kulturrechte der Minderheiten wie unter Pos. 1.

3. Die Anbahnung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Minderheiten. Zu Propagandazwecken

In Warschau ein Minderheitenorgan in französischer und polnischer Sprache als Organ des Komitees herauszugeben. Gemeinsame Front bei den Wahlen.

Ein ferneres Ziel

Schaffung einer planmäßigen kulturellen und politischen Vertretung im Ausland.

Prinzip der Organisationen

Das politische Komitee in Warschau ruft politische Organisationen für die einzelnen Minderheiten ins Leben als Unterabteilungen, Sektionen:

1. politisch und propagandistisch,

2. ökonomisch,

3. kulturell.“

11) P. A., Polen-Ukr. G. A., Bd 3, S. 1.

Die Zusammenarbeit der Minderheiten sollte auf den Wahlblocks beruhen, auf einer Koordinierung der parlamentarischen Tätigkeit, auf einer gemeinsamen Einbringung von Klagen beim Völkerbund, einer Koordinierung der Propagandaaktion u. a. m. Zur Verwirklichung dieser Aufgaben schlugen die Ukrainer die Schaffung eines ständigen Komitees der Vertreter aller Minderheiten in Warschau vor. Ihrer Ansicht nach würde die polnische Regierung einen so starken Block nicht ignorieren können und dadurch zu Kompromissen gezwungen werden. Ihre Trümpfe für ein gemeinsames Werk sahen sie in ihrem Sieben-Millionen-Volk, das in einem geschlossenen Territorium wohnte, einem opferwilligen Volk, das zum Kampf mit allen Mitteln bereit sei. Sie hofften, im zukünftigen Sejm 50 bis 60 Mandate zu gewinnen. Ihrer Meinung nach konnten die Deutschen folgendes einbringen: Anlehnung an das an Macht zunehmende Deutsche Reich, Organisationstalent, Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit und gute Kontakte zum Ausland.¹²

Der Standpunkt der Vertreter der deutschen Minderheiten war erheblich gemäßigter und weniger irredentistisch. Sie wiesen auf die unterschiedliche Lage der einzelnen Minderheiten und auf die Notwendigkeit hin, ihre Probleme mit verschiedenen Mitteln zu lösen. Sie hoben hervor, daß die Deutschen eine verstreut lebende Minderheit seien und daß die Lage jeder territorialen Gruppe anders sei, anders z. B. in Oberschlesien als im Bezirk Lodz. Die deutschen Vertreter brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die Errichtung eines deutlich irredentistischen Blocks mit antipolnischem Charakter nicht nur in den Kreisen des Völkerbundes nicht anerkannt, sondern auch als ein den europäischen Frieden störendes Element angesehen werden würde. Die drakonischen Mittel, die die Regierung gegen einen solchen Block anwenden würde, würden in der Welt nicht nur Verständnis, sondern sogar Unterstützung finden.

Die deutsche Delegation verhielt sich auch skeptisch gegenüber dem Gedanken, ein offizielles Komitee des Blocks zu gründen, ebenso gegenüber der Konzeption einer weitgehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie unterstützte jedoch grundsätzlich den Gedanken der Zusammenarbeit der Minderheiten besonders in Gestalt von Wahlblöcken. Sie war der Ansicht, daß im Parlament die Fraktionen der Minderheiten regelmäßig ständige Kontakte aufrecht erhalten sollten, während sich die dafür bestimmten Vertrauensmänner treffen sollten, um die Lage zu besprechen und Gedanken- und Materialaustausch zu betreiben. Dagegen sollte jede Minderheit getrennt im Interesse ihrer eigenen Landsleute auftreten. Gemein-

12) ebenda, S. 2—3. U. a. schlugen die Ukrainer eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit vor. So sahen sie z. B. einen organisierten Kohleaustausch mit den deutschen oberschlesischen Gruben gegen landwirtschaftliche Produkte aus den Gebieten der Westukraine vor. Das war eine gewisse Reminiszenz an weitgehende Pläne des Obersten Konowalec, der den politischen Kreisen in Deutschland die Gründung gemischter deutsch-ukrainischer Gesellschaften vorschlug, die einen solchen internationalen Austausch hinter dem Rücken des polnischen Staates durchführen sollten.

same Arbeiten und gemeinsame Klagen sollten eine Ausnahme sein und mehr von der konkreten Lage und den Notwendigkeiten abhängen.¹³

Diese Gegenvorschläge wurden von den Ukrainern als bei weitem unzureichend bezeichnet. Sie behaupteten, daß sie der Furcht der Deutschen vor dem Vorwurf der Illoyalität gegenüber dem Staat entsprängen. Sie erklärten anschließend, daß sie entschlossen seien, ein Organisationskomitee ohne Teilnahme der Deutschen zu gründen, und baten lediglich darum, einen Vertrauensmann als Beobachter zu den Sitzungen zu delegieren. Die deutsche Fraktion nahm dies zur Kenntnis und behielt sich vor, sich zu diesem Vorschlag zu äußern. Kurz danach wurde die Rolle des Beobachters dem Abgeordneten Piesch anvertraut.¹⁴

In der Rede, die er einige Tage vor der genannten Sitzung im Volkshaus in Lemberg hielt und in der er sich mit der politischen Lage Polens und der ukrainischen Bewegung beschäftigte, unterstrich der Vorsitzende der UNDO Dmytro Levyc'kyj die Notwendigkeit, einen Block der nationalen Minderheiten zu gründen, um den Kampf um gemeinsame Ziele zu führen. Er hob die Erfolge des Blocks der Nationalen Minderheiten des Jahres 1922 hervor. Gleichzeitig sparte Levyc'kyj nicht mit Kritik an den führenden Männern der jüdischen Minderheit. Er warf ihnen vor, daß sie weiterreichende Perspektiven außer acht ließen und lediglich auf die nächsten Ziele blickten. Das käme in dem Vertrag mit der Regierung zum Ausdruck.¹⁵

Die Frage des Blocks gewann nach dem Maiumsturz an Aktualität im Zusammenhang mit der allgemeinen Annahme, daß eine Sejm- und Senatsauflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen bevorstünden. Diese Hypothesen wurden übrigens in einem Presseinterview vom Regierungschef, Professor Kazimierz Bartel, bestätigt. Aus historischer Sicht läßt sich zweifellos feststellen, daß Piłsudski das Parlament wegen der Befürchtung weiterhin amtierend ließ, daß demokratische Wahlen zahlreiche Vertreter der Linken und der nationalen Minderheiten, insbesondere der Ukrainer, welche die letzte Wahl von 1922 in erheblichem Umfang boykottiert hatten, in den neuen Sejm und Senat bringen würden.

13) P. A., Polen-Ukr. G. A., Bd 3, S. 4—5.

14) ebenda, S. 5. Trotz der strengen Geheimhaltung des Treffens führte der „Ilustrowany Kurier Codzienny“ (IKC) am 24. 5. 1926 aus „glaubwürdiger Quelle“ Informationen an über die Sitzung und ihre Ziele. Der IKC berichtete über den Plan, ein ständiges Komitee der nationalen Minderheiten mit einer Zentrale in Lemberg zu gründen. Die Aufgabe des Komitees sollte nach IKC sein, Propaganda gegen die Regierung im Ausland zu betreiben und eine gemeinsame Wahlfront zu gründen (P. A., Polen-Ukr. G. A., Bd 3).

15) P. A., Polen-Ukr. G. A., Bd 3. In dieser Rede sparte Levyc'kyj nicht mit Kritik an den ukrainischen Abgeordneten aus Wolhynien. Er warf ihnen u. a. vor, daß sie anfangs den illusorischen Versprechungen der Polen geglaubt hätten, insbesondere den sozialistischen und Volksparteien. Er unterstrich den grundsätzlichen Interessenwiderspruch zwischen beiden Völkern und die Tatsache, daß ukrainisches Land von polnischen Bauern geraubt würde und daß die Ukrainer durch die polnische und jüdische Bourgeoisie verdrängt würden.

Die ukrainische Initiative fand Fürsprecher in Kreisen des deutschen Auswärtigen Amtes, die den wachsenden Möglichkeiten, Einflüsse auf die innere Situation in Polen zu gewinnen, durchaus nicht gleichgültig gegenüberstanden.

In seinem an den Gesandten Rauscher gerichteten Brief vom 7. Juli 1926 beurteilte der Leiter der Abt. 4 des Auswärtigen Amtes (Ost), Erich Zechlin, die Reaktion der deutschen Abgeordneten auf die ukrainischen Vorschläge negativ und bat Rauscher, „mit diesen Herren zu sprechen“. Zechlin erklärte, die deutschen Abgeordneten hätten sich zu reserviert verhalten. Bei allen Unterschieden in den Beziehungen beider Minderheiten zum polnischen Staat hätte seiner Ansicht nach die deutsche Fraktion aus allgemeinen Gründen und im eigenen Interesse mehr Anteilnahme zeigen sollen. Zechlin ließ zur Zeit die Frage der Organisation eines gemeinsamen Sekretariats in der Schwebelage, war aber nicht damit einverstanden, daß man sich auf die Rolle passiver Beobachter beschränkte. Er empfahl, irgendeine Form einer aktiveren Zusammenarbeit zu finden.

Bei dieser Gelegenheit präziserte Zechlin die Haltung des Auswärtigen Amtes in der ukrainisch-polnischen Frage. Er äußerte Befürchtungen über die politische Haltung der Ukrainer und zur Einstellung der Führer der UNDO. Zwar höben diese immer wieder ihre antipolnische Haltung hervor, und vielleicht sei es auch ehrlich gemeint, aber andererseits gebe es Anzeichen dafür, daß sie um den Preis einer weiteren oder engeren Autonomie zu Übereinkünften bereit seien. Ein Teil der Ukrainer sehe sein Hauptziel im Kampf gegen den Bolschewismus und sei auf dieser Ebene bereit, sich mit Polen zu versöhnen. Zechlin folgerte: Wir haben keinerlei Interesse daran, diese Versöhnungstendenzen zu stärken. Man muß vielmehr die Tatsache begrüßen, daß diese stärkste nationale Minderheit den polnischen Staat negiert.¹⁶

Einige Monate später fragt Zechlin in einem persönlichen Schreiben den Gesandten Rauscher: „Endlich möchte ich Sie auch um einen Bericht darüber bitten, wie es eigentlich mit dem Plan des gemeinsamen Korrespondenzbüros der dortigen Minderheiten steht und wann das erste Blatt erscheint.“¹⁷

Auch in der deutschen Fraktion gab es Meinungsverschiedenheiten. Einige Abgeordnete hielten den Standpunkt der Fraktionsleitung für falsch. Sie wiesen darauf hin, daß die übermäßige Reserve bei den Ukrainern Enttäuschung hervorgerufen habe und ihre weitere Haltung beeinflussen könne. Sie vertraten auch den Standpunkt, daß es durch einen Pakt der Minderheiten gelingen würde, die deutsche Vertretung um einige neue Mandate zu stärken.

Die Führung der UNDO versuchte, diese ihr sicherlich bekannten Meinungsverschiedenheiten auszunutzen. Im Juni 1926 kam eine Delegation dieser Partei nach Kattowitz und führte mit dem Abgeordneten Ulitz

16) P. A., Polen-Ukr. G. A., Bd 3.

17) Brief Zechlins an Rauscher vom 28. 12. 1926, ebenda, Bd 4.

Gespräche über die Zusammenarbeit. Letzterer vermied jedoch bindende Gespräche und riet ihnen, sich an die deutsche Fraktion in Warschau zu wenden. Dagegen begrüßten deutsche Wirtschaftskreise in Ostoberschlesien den Entwurf eines direkten ostoberschlesisch-westukrainischen Warenaustausches unter Ausschluß der Vermittlung polnischer und jüdischer Firmen mit großem Interesse.¹⁸

Unter dem Einfluß äußeren und inneren Druckes änderte die Leitung der deutschen Fraktion ihren Standpunkt in Richtung auf ein aktiveres Engagement mit den Ukrainern. Im Juli 1926 kamen zwei Vertreter der Fraktion, Senator Ervin Hasbach und Domherr Klinke, nach Lemberg, um die Verhandlungen mit der Führung der UNDO fortzusetzen. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft war eine Verständigung über die Zusammenarbeit beider Minderheiten. Andererseits zeigten die Ukrainer Verständnis für die Taktik der deutschen Fraktion, die allzu spektakuläre Demonstrationen mit antipolnischem Charakter vermeiden wollte.¹⁹

*

Der Maiumsturz, an den die nationalen Minderheiten ihre Hoffnungen auf eine grundsätzliche Änderung des politischen Kurses geknüpft hatten, brachte bald Enttäuschung und Unzufriedenheit. Die von der Regierung Bartel laut angekündigte Änderung der Nationalitätenpolitik beschränkte sich auf personelle Änderungen in der Verwaltung der Ostgebiete. An die Stelle der besonders verhaßten Wojewoden und Schulkuratoren traten Personen mit liberaleren Tendenzen. Der untere Verwaltungsapparat, der mit weniger qualifizierten Personen besetzt war, die Fürsprecher einer Politik des Nationalismus und der Polonisierung waren, blieb grundsätzlich unverändert. Somit blieb die administrative Praxis der Einengung und Schikanen, denen die ukrainische und weißruthenische Bevölkerung ausgesetzt war, grundsätzlich erhalten. Das erstickte die Möglichkeiten eines Stimmungswandels in der autochthonen Bevölkerung im Keim.

Ein erfolgreiches Mittel, die antipolnischen und irredentistischen Ansichten zu schwächen, konnte die Verwirklichung der Versprechungen einer Agrarreform sein. Die ukrainische und weißruthenische bäuerliche Bevölkerung, die von den Verwüstungen des Krieges schwer betroffen war, war vor allem an einer Lösung des Agrarproblems interessiert. Dagegen brachte die Politik Piłsudskis, die eine Zusammenarbeit mit den Großgrundbesitzer- und Magnatenkreisen im Osten wollte, auch auf diesem Gebiet schwere Enttäuschungen. Die kleinen Flächen, die unter die Parzellierung fielen, sollten nach wie vor durch polnische Bevölkerung kolonisiert werden, hauptsächlich durch die sog. militärische Ansiedlung. Dieses Problem blieb einer der Hauptfaktoren der sich vertiefenden nationalen Gegensätze.

18) Bericht des Generalkonsuls in Kattowitz von Grünau an das AA vom 19. 6. 1926, ebenda, Bd 3.

19) Bericht des Krakauer Konsuls Kleemann an das AA vom 8. 7. 1926, ebenda, Bd 3.

Die größten Hoffnungen knüpfte die jüdische Bevölkerung an den Maiumsturz. Fast zur gleichen Zeit mit dem Umsturz begann in Polen eine mehrere Jahre andauernde wirtschaftliche Blüte.²⁰ Die Regierungspropaganda nutzte das geschickt aus und bezeichnete die Besserung als Ergebnis der klugen Regierung Piłsudskis. Wenn man noch hinzufügt, daß nach dem Maiumsturz die nationalistische Nationaldemokratie eine Zeitlang in den Hintergrund trat und daß die ersten Jahre der Regierung nach dem Mai 1926 die einzige ruhige Zeit für die jüdische Bevölkerung waren, so kann man leicht verstehen, daß in diesen Kreisen die Illusionen, die sich an das neue Regime knüpften, außerordentlich stark waren und daß Versöhnungstendenzen und politischer Opportunismus dominierten. Die diktatorische Politik Piłsudskis rief dann jedoch Unruhe und wachsende Unzufriedenheit auch in den aufgeklärteren und politisch aktiven Kreisen der jüdischen Bevölkerung hervor.

In dem Wunsche, die diktatorische Regierung zu verwirklichen und das parlamentarische System zu vernichten, richtete sich die Politik des neuen Systems mit ganzer Schärfe gegen die demokratischen polnischen Parteien sowie gegen die nationalen Minderheiten. Die brutalen Repressalien, welche die Opposition terrorisieren und einen eventuellen Widerstand brechen sollten, begannen bei der Bevölkerung in den Ostgebieten. Besonders deutlich zeigte sich dies bei der Auflösung der „Hramada“ im Januar 1927 und der Verhaftung von fünf weißruthenischen Abgeordneten unter dem Vorwurf der Spionage. Dieses Ereignis machte in polnischen und internationalen politischen Kreisen großen Eindruck, da es der erste brutale Verfassungsbruch und Verstoß gegen die Immunität der Abgeordneten war. In der Sejm-Debatte über die Aufhebung der Immunität der verhafteten Abgeordneten war die Regierung außerstande, Schuldbeweise für die weißruthenischen Führer vorzulegen, unter denen sich der frühere Vorsitzende der polonophilen Gruppe, Branislaw Taraškevič, befand. Dieses Fehlen von Beweisen stellten nicht nur die weißruthenischen und ukrainischen Abgeordneten fest, sondern auch der zionistische Abgeordnete Schreiber und der hervorragende Vorsitzende der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und Mitglied der Geschäftsordnungskommission des Sejm, Herman Lieberman.²¹

Das typischste Merkmal dieser ersten Zeit der Piłsudski-Regierung war jedoch eine Politik der Diversion und der Sprengung politischer Oppositionskreise von innen heraus. Im Osten wurden intensive Bemühungen zur Errichtung polonophiler Organisationen aufgenommen unter Anknüpfung direkter Kontakte mit der weißruthenischen und ukrainischen

20) Die Hauptursache war der langfristige Streik der englischen Bergleute im Jahr 1926, der Polen eine erhebliche Erhöhung seines Kohleexports ermöglichte. Die politische Stabilisierung wirkte sich auch günstig auf den Zustrom ausländischen Kapitals aus.

21) „Natio“ [Organ für nationale Fragen in Polen] 1927, Nr. 2/3, S. 114—126. Vgl. Aleksandra Bergmann: Bronisław Taraszkiewicz. Szkic biograficzny [B. T. Eine biographische Skizze], in: Przegląd Historyczny 63 (1972), Nr. 2, S. 253—274.

Bevölkerung über die Köpfe der bestehenden politischen Parteien hinweg. Man gründete zu diesem Zweck u. a. von der Regierung subventionierte Presseorgane. So erschien in Wilna die Wochenzeitung „Belaruski Dzen“ [Der weißruthenische Tag], in Łuck die ukrainische Zeitung „Narodnyj Vistnyk“ [Der Volksbote], und auch in Lemberg erschienen einige Zeitungen in polnischer und ukrainischer Sprache.²² Ihre Erfolge waren jedoch gering. Das in der weißruthenischen und ukrainischen Bevölkerung stark verbreitete Analphabetentum schränkte die Reichweite der Propagandapresse stark ein, während die Intelligenz schon seit Jahren der Agitation polonophiler Gruppen widerstand.

Von größerem Erfolg gekrönt war die Zersetzung religiöser und konservativer Kreise der jüdischen Minderheit. Eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung der Idee der Versöhnung und Loyalität spielten der jüdische Klerus sowie die orthodoxe Gruppe „Aguda“. Die Idee der Loyalität und der Unterordnung unter die Regierung ergab sich im übrigen aus den Vorschriften und der Weltanschauung der mosaischen Religion. Regierungskreise verstanden es, diese Stimmung entsprechend zu entwickeln und zu schüren.

Im Herbst 1927 kamen zu dem berühmten Treffen der Konservativen in Dzików (Galizien) auf dem Gut des Grafen Tarnowski, an dem Oberst Walery Sławek, der Führer der damals gegründeten Regierungspartei „Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem“ [Unparteiischer Block der Zusammenarbeit mit der Regierung] (BBWR) teilnahm, auch orthodoxe jüdische Führer: Senator Deutscher, der Abgeordnete Lewin sowie ein Vertreter des einflußreichen Wunderrabbis von Góra Kalwaria. Dieses Treffen war die Krönung der schon vorher geführten Gespräche und bedeutete, daß die „Aguda“ zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung überwechselte. Im Dezember 1927 fanden zahlreiche Treffen der galizischen Rabbiner in Lemberg, Tarnów und Krakau statt, an denen Vertreter der Regierungskreise teilnahmen. Die Redner sprachen sich für Loyalität aus und versicherten der Regierung, daß sie immer mit einer Unterstützung ihrer Wünsche durch die breiten jüdischen Massen rechnen könnte. Bei dem Treffen der Rabbiner sprach man sich in den verabschiedeten Resolutionen gegen eine Politik der Opposition und des Minderheitenblocks aus und rief die Gläubigen dazu auf, bei den Wahlen für Kandidaten der Listen zu stimmen, die für eine Zusammenarbeit mit der Regierung waren.²³ Die Politik der Orthodoxen und einiger Organisationen jüdischer Kaufleute hat sich von da ab bis zum Zusammenbruch Polens grundsätzlich nicht geändert.

22) „Der Ostexpress“, hrsg. von Dr. Karl Johann v. Voss, Berlin 1927, Nr. 108/2028; P. A., Politik 5 Polen, Bd 15, S. 065—066.

23) Berichte des Krakauer Konsuls Rödiger vom 6. 10., 12. 12. und 20. 12. 1927, P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 069, 234 und 266—267. Vgl. L. Halpern: *Polityka żydowska w sejmie i senacie Rzeczypospolitej Polskiej 1919—1933* [Die jüdische Politik im Sejm und Senat der Republik Polen 1919—1933], in: *Sprawy Narodowościowe VII* (1933), Nr. 1, S. 58—59.

2. Der Zweite Block der Nationalen Minderheiten 1927/28

Die Politik der Regierung sowie die wachsende politische Aktivität der nationalistischen Rechten verstärkten die Einigungstendenzen der nationalen Minderheiten trotz der sie trennenden Unterschiede und Antagonismen. Das kam in den Parlamentsdebatten immer deutlicher zum Ausdruck wie z. B. in der Diskussion über den Budgetentwurf für 1927, in der oben genannten Frage der „Hramada“, in den Diskussionen über Wahlreformen usw. In den 1927 durchgeführten Kommunalwahlen kam es in den Ostgebieten zu einem Block der ukrainischen und jüdischen Minderheiten, der den Ukrainern große Wahlerfolge einbrachte.²⁴

Der Zweite Kongreß der UNDO, der im November 1926 tagte, hob in einem seiner Beschlüsse die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit anderen nationalen Minderheiten hervor und akzeptierte die bisher durchgeführten Gespräche über die Errichtung eines Blocks der nationalen Minderheiten.

Während der Diskussion darüber wurden jedoch die jüdischen Politiker angegriffen, und man hob hervor, daß, wenn sie ihre Politik nicht ändern würden, eine ukrainisch-jüdische Zusammenarbeit unmöglich sein würde.²⁵

Im Juli 1927 wurde eine Sitzung des „Białaruskij Sialanskij Sajuz“ [Weißruthenischer Bauernverband] nach Wilna einberufen. Es waren 35 Personen anwesend, darunter 22 Delegierte aus dem westlichen Weißruthenien sowie weißruthenische Abgeordnete. Die Anwesenheit der Vertreter des Ukrainischen Bauernverbands und des Abgeordneten Pavlo Vasyňčuk, der als einer der Pioniere der Idee des Minderheitenblocks bekannt war, wurde mit Interesse vermerkt. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Lage im Sejm, der Regierungspolitik und mit anderen aktuellen Fragen. In den Reden der weißruthenischen Politiker wiederholte sich ständig das gleiche Motiv: Nicht nur die Regierung, auch alle polnischen politischen Parteien, die radikalsten inbegriffen, möchten die Polonisierung der weißruthenischen Bevölkerung. Es wurde hervorgehoben, daß die Weißruthenen im Kampf gegen die Entnationalisierungsgefahr nur auf ihre inneren Widerstandskräfte gestellt seien und nur mit der gemeinsamen Front aller nichtpolnischen Nationalitäten im polnischen Staat rechnen könnten.²⁶

Wie man sieht, hatte sich die Lage im Laufe der Jahre ziemlich grundlegend geändert. 1922 waren die deutschen und die jüdischen Politiker die Hauptpioniere der Idee des Minderheitenblocks gewesen. Angesichts der Wahlen zum Dritten Sejm nahmen sich dieser Idee vor allen Dingen die Politiker der slawischen Minderheiten verstärkt an.

24) P. A., Politik 5 Polen, Bd 15, S. 15—18, 205, 243 und 245. So entfielen z. B. in Wolhynien 71 v. H. der Mandate auf die Ukrainer, während auf die polnischen Listen nur 20 v. H. kamen. Es ist interessant, daß es dank der Vermittlungsaktion jüdischer Politiker in einigen Städten Ostgaliziens zu Wahlkommen aller drei Nationalitätengruppen kam: Polen, Ukrainer und Juden.

25) P. A., Polen-Ukr. G. A., Bd 4.

26) „Natio“ 1927, Nr. 7—8, S. 96—97.

Wir kennen die Einzelheiten der Geheimverhandlungen nicht, aber es ist unbestritten, daß trotz ernsthafter Antagonismen zwischen Ukrainern und Juden schon Anfang 1927 die ersten vorläufigen Vereinbarungen der politischen Funktionäre aller nationalen Minderheiten in der Frage des Minderheitenblocks bei den kommenden Wahlen abgeschlossen wurden. Ein sichtbares Zeichen dieser Verständigung war das Erscheinen des Monatsheftes „Natio“ Anfang 1927, in dessen Redaktion führende Politiker aller Minderheiten saßen. In Polnisch und den drei westlichen Hauptsprachen Englisch, Französisch und Deutsch redigiert, sollte die Zeitschrift unzweifelhaft die Idee des Blocks bei den betroffenen Minderheiten verbreiten und der internationalen Öffentlichkeit die komplizierten Probleme der Nationalitätenlage in Polen darlegen. Der Gedanke, eine solche Zeitschrift herauszugeben, kam, wie bereits berichtet, aus ukrainischen Kreisen.²⁷

Im Zusammenhang mit der Beendigung der Legislaturperiode von Sejm und Senat wurde am 25. Oktober 1927 eine Sitzung der Hauptorganisatoren und Propagandisten des Minderheitenblocks einberufen. An ihr nahmen teil Dr. Dmytro Levyc'kyj, Präsident der UNDO, Senator Hasbach von der Deutschen Vereinigung, Izaak Grünbaum als Vertreter der radikalen Zionistengruppe sowie der weißruthenische Politiker Fabijan Jaremič. Man erreichte eine grundsätzliche Verständigung über die Gründung eines einheitlichen Wahlblocks. Die Teilnehmer verpflichteten sich, die Wahlkampagne in dieser Richtung zu führen, um möglichst viele Splitter der einzelnen Minderheiten für sich zu gewinnen.

Die formelle Konstitution des Blocks wurde der Öffentlichkeit durch ein Pressecommuniqué bekanntgegeben, in dem es hieß: „Am 27. und 28. Oktober fand die Sitzung von elf Vertretern der Ukrainer, Juden, Weißruthenen, Deutschen und Litauer statt, auf der nach Übereinkunft über die auf den vorigen Sitzungen nicht erledigten Fragen beschlossen wurde, einen Wahlblock für die zukünftigen Wahlen zum Sejm und Senat zu bilden.“²⁸

Die Nachricht über die Bildung des Blocks rief Erstaunen und eine heftige Reaktion in den der Regierung nahestehenden Kreisen hervor; be-

27) Im Verlagskomitee saßen Senator Michal Čerkavskyj, Abgeordneter Izaak Grünbaum, Senator Ervin Hasbach, Abgeordneter Fabijan Jaremič und Dr. Danielius Alseika (Olsejko), Präsident des provisorischen Litauischen Komitees in Wilna. Chefredakteur war Dr. Pavlo Lysiak. Im Leitartikel des ersten Heftes finden wir folgende Formulierungen: „Uns verbindet ein aus der Notwehr entstandener gemeinsamer Kampf gegen den gemeinsamen Druck.“ — In Nr. 6 vom Juni 1927 finden wir die Protesterklärung des Verlagskomitees „Natio“ gegen die Verhaftung des Mitredakteurs Karl Ario unter dem Vorwurf der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei der Westukraine. Die Regierungsblätter bemühten sich in ihren Informationen zu diesem Thema zu suggerieren, daß die „Natio“ mit der kommunistischen Bewegung verbunden sei. Das letzte Heft (7/8) der Zeitschrift erschien im August 1927. Nach einer Durchsuchung der Redaktion wurde die Zeitschrift von der Polizei verboten.

28) „Moment“ Nr. 272 vom 29. 10. 1928. Der „Moment“ war eine jüdische bürgerliche Zeitung, die in Warschau in den Jahren 1910—1939 erschien.

sonders in der halboffiziellen Presse wurde der Block als unnatürliches Gebilde angesehen, als Anschlag auf den polnischen Staat, als Herausforderung der Regierung und ihrer führenden Männer.

Die heftige Kampagne der regierungsfreundlichen Presse sowie die Repressalien seitens der Verwaltung sollten die weniger entschlossenen Gruppen abschrecken, um den Bereich des Blocks so weit wie möglich einzuschränken.

Die „Epoka“, eine Zeitschrift des Sanacja-Regierungslagers, stellte fest, daß bei jedem Polen die Wahlliste Nr. 16, bekannt aus den vorigen Wahlen, Haß und Empörung hervorrufe. Sie sei ein Komplott gegen den Staat, das von außen unterstützt werde. Die Zeitschrift rief die polnische Bevölkerung zu besonderer Wachsamkeit auf gegen den neuen Angriff aller Kräfte der nationalen Minderheiten auf den polnischen Staat. Am Schluß rief die „Epoka“ zu administrativen Repressalien auf: „Die Staatsorgane müssen in diesem Fall Folgerungen ziehen bezüglich der Mitglieder dieses Blocks.“²⁹

Andere Zeitschriften behandelten dieses Problem weniger alarmierend und unterstrichen mit Genugtuung die Schwierigkeiten, auf welche die Gründer des Blocks stießen. Die konservative Krakauer Zeitung „Czas“ [Die Zeit] unterstrich, daß die Zerschlagung der beiden größten Wahlblöcke aus dem Jahr 1922 ein großer politischer Erfolg Piłsudskis sei: des Blocks der Rechten und des Minderheitenblocks. Die Zeitung verwies auf die Unpopularität der Idee des Blocks nicht nur bei großen Teilen der jüdischen Bevölkerung, sondern auch bei den slawischen Minderheiten.³⁰ Andererseits fehlte es in den Artikeln von „Czas“ nicht an Drohungen, wenn man erklärte, daß die Regierung nicht so passiv wie 1922 bleiben werde. Wenn sie ihre Pläne nicht verriete, so bedeute das nicht, daß sie keine hätte. Sie wolle nur ihre Karten nicht vorzeitig aufdecken.

Besonders großes Interesse am Minderheitenblock zeigte der „Ilustrowany Kurier Codzienny“ [Illustrierter Tageskurier] (IKC). In seinen Berichten mischten sich Drohungen und Schadenfreude über die Mißerfolge der Gründer des Blocks. Informationen und Kommentare hatten es darauf abgesehen, die Partner untereinander zu zerstreuen, bei ihnen gegenseitiges Mißtrauen hervorzurufen und gleichzeitig Zweifel an der Zweckmäßigkeit des geführten Kampfes zu erwecken. So behauptete der IKC zynisch, daß die ukrainische Bevölkerung im Laufe von fünf Jahren Zeit gehabt habe, den Glauben an den Parlamentarismus und ihre parlamentarischen Vertreter zu verlieren.³¹

Ruhiger im Ton, aber auch unheilverkündend und sicherlich die Politik und die Absichten Piłsudskis widerspiegelnd, war ein Artikel in „Głos Prawdy“ [Die Stimme der Wahrheit]. Das Sanacja-Organ polemisierte mit

29) Zitiert nach: „Osteuropäische Korrespondenz“ vom 25. 11. 1927, P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 194.

30) „Czas“ vom 8. 12. 1927 und 22. 12. 1927, zitiert auf Grund des Berichtes des Krakauer Konsuls Rödiger vom 22. 12. 1927, P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 188—190.

31) „Ilustrowany Kurier Codzienny“ vom 10. 12. 1927.

der These der jüdischen Funktionäre, daß der BMN den Juden sowie anderen Minderheiten eine entsprechende Vertretung sichern würde, und behauptete, daß weder die Politik der Regierung noch die Zukunft der Juden von der Zahl ihrer Mandate abhängen, während das Beharren auf „Liste 16“ den Juden unabhängig von der Zahl der Mandate, auch wenn sie z. B. höher wäre, schaden könnte.³²

Man beschränkte sich übrigens nicht auf eine Pressekampagne. Am 17. November 1927 wurde einer der Gründer des Blocks, I. Grünbaum, vor seiner Wohnung in Warschau angegriffen und von „unbekannten Tätern“ empfindlich mit Stöcken zusammengeschlagen. Im Januar 1928 erschienen wie auf Verabredung an den Lemberger Hochschulen antisemitische Aufrufe, und es kam zum ersten Mal nach dem Maiumsturz zu antijüdischen Exzessen.³³ In Lodz wurde ein bekannter lokaler deutscher Politiker, der frühere Abgeordnete Dr. August Utta, der Direktor einer deutschen Schule war, bei Beginn der Wahlkampagne dienstlich nach Chęciny, Wojewodschaft Kielce, versetzt. In den Ostgebieten war die Welle der Repressalien besonders brutal. Man verhaftete frühere Abgeordnete sowie Kandidaten, Zeitungsredakteure und Funktionäre der einzelnen Parteien, man erließ Versammlungsverbote usw.³⁴

Der brutale Druck der regierungsfreundlichen Presse, der sich vor allem gegen die Juden richtete, rief bei einem Teil dieser Bevölkerung heftige Reaktionen hervor. Die jüdische Warschauer Zeitung „Nasz Przegląd“ [Unsere Rundschau] veröffentlichte einen Artikel unter der Überschrift „Wir lassen uns nicht terrorisieren“.³⁵ Die Zeitung befürchtete weitere Repressalien, ja sogar Pogrome.³⁶

„Robotnik“ (ein Organ der PPS) erklärte ironisch, daß die „Geschicklichkeit“ der Sanacja-Organen dazu führe, daß die bisher zögernden Gruppen der jüdischen Bevölkerung den BMN zu unterstützen begännen. Er wies auch auf die Reaktion der rechtsgerichteten Presse hin, die deutliche Schadenfreude darüber zeigte, daß auch die Sanacja Druck gegen die nationalen Minderheiten anwendete.³⁷

Die rechtsgerichteten Zeitungen sparten nicht mit Kritik und guten Ratschlägen an die Adresse der Regierung. Die christlich-demokratische „Rzeczpospolita“ nannte die Entstehung des Blocks ein Komplott gegen die Einheit des Staates und eine Niederlage der Regierung, hervorgerufen durch die Politik der Zugeständnisse gegenüber den Minderheiten, und rief dazu auf, die schärfsten Mittel anzuwenden. In ähnlichem Geist schrieb die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska Poranna“.³⁸

Ende November 1927 veröffentlichte „Nasz Przegląd“ einen Brief, der im Oktober von den jüdischen Führern an Józef Piłsudski abgesandt worden war. Die Veröffentlichung des Briefes erfolgte, weil die Verfasser die

32) Zitiert nach „Robotnik“ vom 22. 1. 1927, Nr. 321.

33) P. A., Abt. IV, Polenpolitik Juden, Bd 2, S. 031, 035.

34) P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 213—215, Bd 17, S. 132.

35) Zitiert nach „Robotnik“ vom 20. 11. 1929, Nr. 319.

36) ebenda. 37) ebenda.

38) „Robotnik“ vom 2. 12. 1927, Nr. 331.

Hoffnung auf eine Antwort aufgegeben hatten, und in Zusammenhang mit der heftigen Kampagne gegen den BMN. Der Brief enthielt den Vorwurf, daß die Regierung die Versprechungen von Premierminister Bartel vom Juli 1926 nicht eingehalten, daß sie nur einige kleine Forderungen der jüdischen Minderheiten erfüllt habe, während von den vielen anderen gerade die wichtigsten nicht berücksichtigt worden seien.³⁹

In Beantwortung der Vorwürfe der polnischen Presse stellte „Nasz Przegląd“ fest, daß die Minderheiten gezwungen waren, sich zu vereinigen, weil keine der polnischen Parteien ein Programm zur Minderheitenfrage besitze. Die Zeitung fügte hinzu, daß sie durchaus nicht auf der Konzeption des BMN beharre, und schlug den Regierungsparteien ein Wahlbündnis vor, sofern diese bereit seien, in ihre Wahllisten eine entsprechende Zahl von Minderheitenkandidaten aufzunehmen. „Nasz Przegląd“ behauptete, daß die Juden bereit seien, um diesen Preis sogar auf einige bisherige Mandate zu verzichten.⁴⁰

Dieses Angebot hatte jedoch einen rein demonstrativen Charakter. Die jüdischen Führer des BMN waren sich völlig darüber klar, daß die Regierungskreise nicht gewillt waren, sie als Partner im Wahlblock zu behandeln, sondern höchstens so wie die orthodoxe „Aguda“, nämlich ihr einige Mandate zu überlassen gegen eine bedingungslose Stimmabgabe für den BBWR.

3. Die Bildung des Blocks und seine Schwierigkeiten

Die politische Atomisierung aller Nationalitätengruppen bei gleichzeitigem Druck und entsprechenden Drohungen von seiten der Regierung führten dazu, daß die Gründung von Wahlfronten der einzelnen Minderheiten auf erheblich stärkere Schwierigkeiten stieß als 1922.

Die Ukrainer

Für sie hatten die Wahlen von 1928 eine besondere Bedeutung, war es doch die erste parlamentarische Wahlkampagne in Polen, in der die ukrainische Bevölkerung in Massen zu den Urnen ging. Die ukrainischen Politiker wollten sich die größtmögliche Wahlbeteiligung sichern und eine Höchstzahl von Mandaten erringen. So wollte man den trotz der seit zehn Jahren betriebenen Polonisierungspolitik ukrainischen Charakter der ukrainisch besiedelten Wojewodschaften dokumentieren. 1928 war in Polen der Glaube an den Parlamentarismus noch verwurzelt, und einige ukrainische Führer glaubten unzweifelhaft, daß sie, wenn sie im Sejm rund 50—60 Mandate und gemeinsam mit den anderen Minderheiten rund 25 v. H. aller Sitze erhalten würden, auf parlamentarischem Wege um die Verwirklichung der elementaren Forderungen für die Bevölkerung würden kämpfen können.

39) „Robotnik“ vom 23. 12. 1927, Nr. 322.

40) Zitiert nach „Robotnik“ vom 25. 11. 1927, Nr. 324.

Diesmal waren führende Kämpfer für den Minderheitenblock die Führer des gemäßigten Flügels der UNDO wie Levyc'kyj, Oleksander Maritčak und Vasyl Mudryj, die sich um die seriöse Lemberger Zeitung „Diło“ [Die Tat] gruppierten. Sie verzichteten zwar niemals auf das Programm der Unabhängigkeit der Ukraine, waren jedoch insoweit Realisten, als sie wußten, daß man in der derzeitigen Lage einen möglichen Status quo im Rahmen der bestehenden politischen Grenzen suchen mußte. Die spätere Haltung dieser Führer ist heute bekannt. Darüber hinaus kann man die Hypothese wagen, daß der Wahlsieg und der spätere parlamentarische Kampf ihrer Ansicht nach u. a. ein gewisses Hindernis für die wachsenden Einflüsse des radikalen ukrainischen Nationalismus bilden sollten.

Zum Verständnis der Lage muß man, wenn auch stark gekürzt, die wichtigsten damals tätigen Parteien vorstellen.

Die größte, gesamt nationale und über den Klassen stehende Partei war die UNDO, die im Juli 1925 entstanden war. Ihre grundsätzliche Programmparole lautete: Man muß auf die eigenen Kräfte bauen, denn es ist für die nationale Frage schädlich, sich auf äußere Kräfte zu stützen. In der UNDO gab es zwei Richtungen: 1. die radikal-nationalistische unter Leitung von Dymtro Palijiv, die sich um die Lemberger Zeitung „Novyj Čas“ [Neue Zeit] gruppierte, sowie 2. die gemäßigte, die von der Gruppe um die Zeitung „Diło“ und von der Lemberger Wochenzeitung „Svoboda“ [Die Freiheit] unterstützt wurde. Diese Gruppe war dominierend und gab in diesen Jahren den Ton im politischen Leben der Ukrainer sowohl in Galizien als auch in Wolhynien an. Sie genoß u. a. die Unterstützung der „Ukrains'ka Chrystyjān'ka Orhanizacija“ [Ukrainisch-Christliche Organisation], die unter dem Einfluß des griechisch-katholischen Klerus und des sich ungewöhnlicher Popularität erfreuenden Lemberger Metropoliten Andrej Šeptyc'kyj stand.

Mit der UNDO konkurrierten:

1. Die „Ukrain'ska Socialistyčno-Radykalna Partija“ [Ukrainische sozialradikale Partei] (USRP), die ein radikal-revolutionäres Programm mit nationaler Färbung vertrat. Politisch hatte diese Gruppe ihre Hauptinflüsse in der Wojewodschaft Stanislau und erinnerte an die früheren russischen Sozialrevolutionäre.

2. Die „Ukrain'ska Partija Praci“ [Ukrainische Arbeiterpartei] (UPP) oder die sog. Gruppe der Rada. Es waren Anhänger des in der Emigration lebenden Dr. Evhen Petruševyč, welche die UNDO wegen personeller Mißverständnisse im Mai 1927 verließen. Die Gegner warfen dieser Gruppe prosovjetiche Tendenzen vor. Tatsächlich verfolgte Petruševyč den Gang der Ereignisse jenseits der Grenze in den Jahren der sog. Ukrainisierung voller Sympathie und knüpfte an diesen Prozeß sicherlich bestimmte Hoffnungen.

3. Die „Sel-Rob“ [Ukrainische sozialistische Bauern- und Arbeitervereinigung], prokommunistisch, aus der sich im Herbst 1927 der linke Flügel „Livyčia Sel-Rob“ absplitterte. Letztere gewann gewisse Einflüsse in Ga-

lizien, während die rechtsgerichtete Gruppe („Pravyčia“) ihre Einflüsse in den früher russischen Gebieten behielt.

4. Es gab noch, wie auch bei den vorhergehenden Wahlen, einen polonophilen „Ukrain'skyj Narodnyj Sojuz“ [Ukrainischen Nationalverband] (UNS). Er wurde 1926 unter der Parole der Zusammenarbeit mit der Regierung Piłsudski gegründet und gab in Stanislau eine Zeitung „Selan'skyj Prapor“ [Bauernstandarte] heraus. Sie hatte Einflüsse in der Wojewodschaft Stanislau. In dem früher russischen Teilgebiet entstand keine polonophile Gruppe.⁴¹

Am 12. November 1927 fand in Lemberg eine Sitzung des Zentralkomitees der UNDO in Anwesenheit von 30 Personen statt. Nach dem Bericht von Dr. Levyč'kyj kam es zu Diskussionen, bei denen manche Anwesende wie z. B. Dr. Zahajkevyc' aus Przemyśl heftig gegen eine Verständigung mit den Juden opponierten. Trotzdem billigte das Zentralkomitee die vorläufige Vereinbarung. In der verabschiedeten Resolution hieß es:

1. Die UNDO zielt auf einen inneren nationalen Wahlblock aller (ukrainischen) Parteien und Organisationen auf demokratischer Grundlage hin.

2. Das Präsidium erhält carte blanche für Verhandlungen mit anderen nationalen Minderheiten in Sachen der Blockbildung.⁴² Das offizielle Organ der UNDO „Svoboda“ [Freiheit] erklärte, daß das ukrainische Volk angesichts der Wahlen vor zwei aktuellen Problemen stehe, der inneren Konsolidierung der ukrainischen Parteien und der Verständigung mit anderen nationalen Minderheiten, den Weißruthenen, Deutschen, Litauern und denjenigen Juden, die nicht gegen die Bestrebungen des ukrainischen Volkes auftreten.⁴³

Es zeigte sich jedoch bald, daß keine dieser beiden Aufgaben leicht war. Selbst innerhalb der UNDO traten die Gruppe Palyjivs und ihre Zeitung „Novyj Čas“ gegen einen Block mit den Juden auf. Die Verhandlungen mit anderen Gruppierungen stießen besonders im Hinblick auf deren übermäßige Forderungen auf enorme Schwierigkeiten. Der schon fast abgeschlossene Vertrag mit der USRP zerschlug sich, weil letztere zwölf Abgeordnetenmandate forderte, während die UNDO ihr sechs anbot. Nach Abbruch des Gesprächs begann die USRP eine heftige Agitation gegen die UNDO und gegen den Block.

41) Die obige Übersicht auf der Grundlage von: Mniejszości Narodowe w wyborach do sejmu i senatu w 1928 [Die nationalen Minderheiten bei den Wahlen zum Sejm und Senat 1928], bearb. vom „Wydział Narodowościowy Ministerstwa Spraw Wewnętrznych“ [Nationalitäten-Abteilung des Innenministeriums], Warschau 1928, 329 S., hier S. 20—24. Diese Veröffentlichung, die eine Charakteristik und eine ausführliche Analyse der Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen enthält, war eine für den internen Gebrauch der staatlichen Behörde bestimmte Drucksache (weiterhin zit.: Mniejszości Narodowe).

42) „Osteuropäische Korrespondenz“, Berlin, Nr. 191 vom 25. 11. 1927, P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 191—193.

43) „Svoboda“, Nr. 47 vom 20. 11. 1927. Zitiert nach: Mniejszości Narodowe, S. 22.

Erst nach hartnäckigen Verhandlungen entschloß sich die wolhynische Organisation „Selan'skyj Sojuz“ [Bauernvereinigung], dem von Pavlo Vasyňčuk geleiteten Block beizutreten. Der Block verstärkte sich durch den Beitritt des sog. „Zentralen Wahlkomitees“ für Wolhynien, Polesien und das Cholmer Gebiet, das von den früheren Abgeordneten Chruckyj und Čerkavskyj geleitet wurde. Die UNDO schloß auch einen Vertrag mit den Galiziendeutschen ab. Dagegen blieben außerhalb des Blocks die USRP, „Sel-Rob“ (beide Flügel), die UPP, die Gruppe der Rada und die KPZU. Auf ukrainischem Gebiet wurden auch drei lokale regierungsfreundliche Wahllisten aufgestellt.⁴⁴

Im Endeffekt entbrannte zwischen den ukrainischen Parteien ein verbissener Wahlkampf. Es war eine Art Krieg aller gegen alle, und diese erste große parlamentarische Kampagne brachte der ukrainischen Bevölkerung kein Prestige ein.

Die Hierarchie der griechisch-katholischen Kirche unterstützte die UNDO mit all ihrer Autorität. Der Metropolit Andrej Šeptyc'kyj veröffentlichte am 8. Januar 1928 einen Hirtenbrief an die Geistlichkeit, in dem er empfahl, die Gläubigen während des Gottesdienstes daran zu erinnern, „daß es bei den Wahlen um Fragen des Glaubens und um die Nichtzulassung der Feinde unserer Kirche und unseres Volkes zu den Wahlmandaten gehe“.⁴⁵ Diese Aktion rief wütende Proteste bei den übrigen Gruppen hervor. Die USRP verurteilte in ihren Antworten die UNDO als Helfershelfer der jüdischen Fabrikanten und Bankiers, während der Kirche vorgeworfen wurde, sie hätte sich in ein „Sturmbataillon der UNDO“ verwandelt.⁴⁶ In einem Appell dieser letztgenannten Partei „An das ukrainische Volk“ begründete und verteidigte man entschlossen die Politik des Blocks der Nationalen Minderheiten.

Die Weißruthenen

Bis Anfang 1927 besaß die radikale „Hramada“ entscheidende politische Einflüsse bei der weißruthenischen Bevölkerung. Die Verhaftung ihrer Führer sowie ihre amtliche Auflösung versetzten dieser Organisation einen ernsthaften Schlag. Sie wirkte konspirativ weiter, besonders auf dem Gebiet genossenschaftlicher und kultureller Organisationen. Unter dem Einfluß von Repressalien kam es zu einer weiteren Radikalisierung dieser Gruppe und ihrer Annäherung an die „Komunističnaja Partija Zachodniej Biełarusi“ [Kommunistische Partei des westlichen Weißruthenien] (KPZB).

Nach Auflösung der „Hramada“ wurden neue weißruthenische politische Organisationen ins Leben gerufen. Im Sommer 1927 gründete der frühere Funktionär der „Hramada“, Dr. Janka Stan'kevič, den Białaruskij Sialanskij Sajuz“ [Weißruthenischen Bauernverein], der ein sozial gemäßigtes Programm hatte. Am 1. November 1927 veröffentlichte die „Pravoslavne

44) *Mniejszości Narodowe*, S. 31, 32; „Osteuropäische Korrespondenz“, Nr. 191 vom 25. 11. 1927.

45) *Mniejszości Narodowe*, S. 24—32.

46) ebenda, S. 25.

Belaruskaje Demokratične Abjadnannie [Orthodoxe Weißruthenische Demokratische Vereinigung] unter Leitung von Senator Vjačeslav Bohdanovič ihr politisches Programm. Diese Gruppe trat gegen die auf Anregung der polnischen Regierung geschaffene Autokephalie der polnischen orthodoxen Kirche auf, durch die diese vom Moskauer Patriarchat getrennt werden sollte.

Einer der führenden Anhänger der Idee des Blocks der Nationalen Minderheiten war der Abgeordnete Fabijan Jaremič, der Vorsitzende des „Sialanskij Sajuz“. Er versuchte, im Block alle weißruthenischen Gruppen mit Ausnahme der polonophilen zusammenzuführen. Er stieß jedoch auf entschiedenen Widerspruch der Gruppen, die mit der früheren „Hramada“ und dem KPZB verbunden waren und die eine eigene Liste unter der Bezeichnung „Abjadnannij Kamitet Rabotnicko Sialanskij“ [Vereinigtes Arbeiter- und Bauernkomitee] aufstellten. Diese Liste war den Anhängern des Blocks gegenüber sehr feindlich eingestellt und nannte sie Feinde der weißruthenischen arbeitenden Massen. Außerhalb des Blocks blieben allerdings auch kleine polonophile Gruppen. Die größte von ihnen, die von Dr. Pavlukevič geleitet wurde, errichtete in Wilna das „Zentrale gesamt-weißruthenische nationale Wahlkomitee“, das mit Hilfe der Behörden eine lebhaft Agitation betrieb.

Endgültig traten dem BMN bei: „Sialanskij Sajuz“, die Gruppe der orthodoxen christlichen Demokratie (die Gruppe von Senator Bohdanovič), die katholische Gruppe der Chryscijanskaja Demokracija“ [Christliche Demokratie] unter der Leitung von Pfarrer Adam Stan'kevič und eine Splittergruppe des weißruthenischen Nationalkomitees in Wilna. Diese Vereinigung rief am 10. Dezember 1927 das „Zentrale Wahlkomitee der weißruthenischen Nationalen Vereinigung“ ins Leben. Am 28. Dezember 1927 fand ein Treffen der Gruppen dieses Komitees statt, an dem zwei Vertreter der örtlichen jüdischen Bevölkerung teilnahmen: Dr. Wygodzki und Rechtsanwalt Czernichow sowie der Vertreter der Litauer Kazimieras Veleckas (Welecki). In den nordöstlichen Gebieten fand diese Verständigung bei den dort lebenden drei Minderheiten, den Weißruthenen, Juden und Litauern, einen außerordentlich günstigen Boden.⁴⁷

Die Russen

1922 hat die kleine russische Minderheit am Block der Nationalen Minderheiten teilgenommen. 1927 waren die russischen Stellen von Versöhnungs- und polonophilen Tendenzen stark unterwandert. Durch die eigenartige Politik der Russifizierung, die in den Ostgebieten von der polnischen Verwaltung begünstigt wurde, entstand ein starker antirussischer Antagonismus in weißruthenischen und ukrainischen politischen Kreisen.

47) Übersicht über den die weißruthenischen Angelegenheiten betreffenden Inhalt der Wilnaer Presse vom 29. 11. bis zum 10. 12. 1927, P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 238—240; „Głos Prawdy“, Nr. 13 vom 13. 1. 1928; „Posener Tageblatt“ Nr. 17 vom 21. 1. 1928, P. A., Politik 5 Polen, Bd 17, S. 087 (Zeitungseinlage).

Die Russen stellten einige lokale Wahllisten auf. Die stärkste war die sog. Ruthenische Liste in Wolhynien.⁴⁸

Die Litauer

Die litauische Minderheit beteiligte sich 1927 aktiv an der Aktion des Minderheitenblocks, u. a. auch an der Herausgabe der „Natio“. Jedoch zeigten sich die Christlichen Demokraten im Verlauf der Errichtung des Wahlblocks abgeneigt, mit den Juden zusammenzuarbeiten. Auf der Sitzung des „Litauischen Wahlkomitees“, die am 16. Januar 1928 in Wilna stattfand, fiel der endgültige Beschluß, dem Block nicht beizutreten und auf die Teilnahme an den Wahlen völlig zu verzichten. Der offizielle Vorwand war der Streit um den ersten Platz auf der Abgeordnetenliste in Wilna. Aus Prestigegründen verlangten die Litauer diesen Platz für sich und stießen damit auf den Widerstand der Juden (Wilna wurde als Hauptstadt Litauens unter polnischer Besetzung angesehen).

Das war aber sicherlich nur ein Vorwand, denn man verzichtete, wie die polnischen Behörden behaupteten, auf die Beteiligung an den Wahlen unter dem Druck der litauischen Regierung. Kaunas war der Ansicht, daß die Teilnahme der Litauer an den Wahlen als politische Anerkennung des Status quo in Wilna angesehen werden könnte.

Diesen Zustand versuchten gewisse versöhnungsbereite regierungsfreundliche Stellen auszunutzen, indem sie die Wahlliste des sog. „Komitet Polsko-Litewski“ [Polnisch-Litauisches Komitee] gründeten. Diese Aktion stieß jedoch auf entschiedenen Boykott der litauischen Bevölkerung, während die litauische Presse die Stimmabgabe für die Wahlliste des BMN empfahl.⁴⁹

Die Deutschen

Die Idee des Blocks der Nationalen Minderheiten stieß auf ungewöhnliche Einmütigkeit bei der deutschen Bevölkerung. Auch maß die deutsche Minderheit diesen Wahlen große Bedeutung bei. Man nahm nämlich an, daß der neue Sejm Veränderungen des inneren Systems durchführen würde, und fürchtete für das Schicksal der Minderheiten.

Am 29. November 1927 fand in Lodz eine Sitzung des Parteirates des Deutschen Volksverbandes statt, auf dem folgende Wahlplattform festgelegt wurde:

1. Grundsätzliche Unterstützung der Regierung Piłsudski und die Bereitschaft, mit der Regierung zusammenzuarbeiten.

2. Beitritt zum Block der Nationalen Minderheiten wegen der nachteiligen Wahlordnung. Wie es in dem Beschluß hieß, waren im Laufe der fünfjährigen Legislaturperiode des Sejm keinerlei positive Veränderungen in der Lage der nationalen Minderheiten eingetreten.

3. Der Parteirat unterstrich, daß die Einheit der Deutschen in Polen eine Lebensfrage sei. Der Deutsche Volksverband sprach sich für eine gerechte Verteilung der Mandate zwischen den einzelnen Parteien aus.⁵⁰

48) P. A., Politik 5 Polen, Bd 17, S. 58.

49) ebenda, S. 60—61.

50) ebenda, S. 8—11.

Man beschloß, kein zentrales Wahlorgan zu gründen. Dagegen wurde in jedem der drei von der deutschen Bevölkerung bewohnten Gebiete eine lokale Stelle für die Wahlaktion eingerichtet. So entstand in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen der „Deutsche Hauptwahlausschuß“ bei der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat mit Sitz in Bromberg. Dieser Stelle wurde auch die Wahlaktion der Deutschen in Galizien und Wolhynien unterstellt. In Ostoberschlesien errichteten zwei deutsche Parteien, die Deutsche Partei und die Deutsche Katholische Volkspartei, die sog. „Deutsche Wahlgemeinschaft“. Wegen des Widerstandes der Katholischen Volkspartei wurden in den Block keine Juden aufgenommen. Diese Partei befürchtete nämlich, daß in Zusammenhang mit dem Hirtenbrief des polnischen katholischen Episkopats ein Block mit den Juden ihre Einflüsse bei den Gläubigen schwächen könnte. In den zentralen Wojewodschaften entstand das „Deutsche Zentralwahlkomitee“ mit Sitz in Lodz. Es schloß ein Wahlbündnis mit dem jüdischen Block beim Block der Nationalen Minderheiten.

Die deutschen Sozialisten hatten keine einmütige Haltung. In den Wojewodschaften Posen und Pommerellen verkündeten sie solidarisch mit allen deutschen Parteien den Beitritt zum Block der Nationalen Minderheiten. Dagegen bildeten sie in Ostoberschlesien und in den zentralen Wojewodschaften einen Block mit der PPS. Das war wohl durch die Aussichten bedingt. Dort, wo die polnischen Sozialisten Erfolgchancen hatten, gaben die deutschen Sozialisten dieser Liste den Vorzug; in Posen und Pommerellen waren deren Aussichten minimal. Ernsthaftere Einflüsse besaßen die deutschen Sozialisten übrigens lediglich in Lodz selbst und im Umkreis von Lodz.⁵¹

Die Juden⁵²

Einen dramatischen Verlauf hatte die Wahlkampagne bei den Juden. Diese Minderheit, die von allen am stärksten territorial verstreut lebte, unterlag am meisten den negativen Folgen der Wahlordnung und war aus der Natur der Dinge heraus stark an einem Wahlabkommen der jüdischen Parteien in erster Linie untereinander, aber auch mit dem Block der Nationalen Minderheiten interessiert.

Die Lage hat sich jedoch im Vergleich zum Jahre 1922, als die Juden Hauptkonstrukteure des Blocks der Nationalen Minderheiten waren und sie dank dem Block erhebliche Wahlerfolge erzielten, grundlegend verändert. Damals war der Block gegen die nationalistische und antisemitische Mehrheit der Rechten gerichtet. 1927 und 1928 hatte die Regierung

51) ebenda, S. 16; O. Heike: Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835—1945, Dortmund 1969, S. 85; Mniejszości Narodowe, S. 16.

52) Bearbeitet auf der Grundlage von A. Haftka: Życie parlamentarne Żydów w Polsce Odrodzonej [Das parlamentarische Leben der Juden im wiedererstandenen Polen], in: Żydzi w Polsce Odrodzonej [Die Juden im wiedererstandenen Polen], Bd 2, Warschau 1933, S. 295—298; Übersicht der polnischen Presse zum Thema „Block der Nationalen Minderheiten“ in: P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 188—190; Mniejszości Narodowe, S. 32—43.

Pilsudski das Bild der politischen Lage vernebelt. Die geringe Verbesserung der Lage der jüdischen Bevölkerung und die Verdrängung der Nationaldemokratie aus ihrer führenden Rolle riefen Versöhnungstendenzen nicht nur in religiösen Kreisen hervor, die grundsätzlich den gesamtpolitischen Problemen gegenüber gleichgültig waren, sondern auch bei großen Teilen der Kaufleute und Kleinbürger, die ebenfalls das Problem der wirtschaftlichen Existenz über die Politik stellten. Andererseits war innerhalb der jüdischen Bevölkerung die heftige Reaktion polnischer Kreise auf den Block von 1922 in lebhafter Erinnerung, aber das neue Sanacja-Regime hatte schon im Laufe der ersten anderthalb Jahre seines Bestehens allzu deutlich sein antidemokratisches Gesicht gezeigt, als daß man auf Toleranz von dieser Seite hätte rechnen können. Viele jüdische Führer glaubten, daß der Eintritt in den Block ein zu riskanter Schritt sei, da sich die Rache der Regierung vor allen Dingen gegen die wehrlose jüdische Minderheit richten könnte.

Negativ war die Tatsache, daß die Frage der Wahltaktik für oder gegen den Block der Nationalen Minderheiten, in der beide Seiten den besten Willen und ernsthafte Argumente hatten, in einen mit Leidenschaften belasteten politischen Kampf ausartete, und das nicht nur zwischen den antagonistischen Parteien. Das Problem des Blocks führte u. a. zu einer ideellen und organisatorischen Spaltung in der zionistischen Partei in Polen. Die Mehrheit der Zionisten aus dem früher russischen Teilgebiet, gruppiert um Izaak Grünbaum und Apolinary Hartglas, sprach sich für den Minderheitenblock aus. Sie gründeten später die Fraktion „Al Hamishmar“ [Auf der Wacht]. Im gegnerischen Lager befanden sich die galizischen Zionisten unter der Leitung der versöhnungsbereiten Führer Reich und Thon.⁵³

Im Endeffekt verkündeten die zionistischen Fraktionen aus den zentralen und östlichen Wojewodschaften, der Zentralverband der Handwerker, der jüdische Frauenverband in Polen sowie die demokratisch-völkische Gruppe (Folkisten, jüdische Volkspartei aus dem Wilna-Gebiet) unter Führung von Dr. Cemach Szabad ihren Beitritt zum „Jüdischen Nationalen Block beim Block der Nationalen Minderheiten“. Die Programmgrundlagen des Blocks wurden in dem „Aufruf an das jüdische Volk in Polen“ formuliert, der in der Zeitung „Hajnt“ vom 10. Januar 1928 veröffentlicht wurde.

53) Den Versuch, die entzweiten Seiten zu versöhnen, unternahm eine Gruppe von Anhängern Grünbaums innerhalb der galizischen Organisation, der u. a. die früheren Abgeordneten Insler und Frostig sowie der frühere Senator Ringel angehörten. Auf der Jahresversammlung zionistischer Organisationen Ostgaliziens in Lemberg am 30. und 31. 10. 1927 versuchten sie eine Vereinbarung über einen territorialen Zusammenschluß zionistischer Organisationen in Polen, die seit Gründung des polnischen Staates noch nicht vereinigt waren, sowie deren Beitritt zum BMN herbeizuführen. Die Versammlung lehnte jedoch die Anträge mit einer Mehrheit von 71 zu 17 Stimmen ab und sprach der derzeitigen Führung mit Leon Reich an der Spitze das Vertrauen aus. Mit einer Niederlage endete auch eine persönliche Intervention Grünbaums, der während der Beratung der Lemberger Parteiorganisation Kompromißanträge durchzusetzen versuchte. — *Mniejszości Narodowe*, S. 38.

Die zweite Wahlgruppe war die „Zjednoczenie Stronnictw Narodowo-Żydowskich w Malopolsce“ [Vereinigung der nationaljüdischen Parteien in Kleinenpolen], die von den galizischen Zionisten gegründet wurde.

Die dritte Gruppe setzte sich aus der orthodoxen „Aguda“, der sog. Folkspartaj (Folkisten) unter dem Vorsitz von N. Priłucki, sowie der „Centrala Związku Kupców“ [Zentrale des Verbandes der Kaufleute] zusammen. Sie gründeten den „Ogólno-żydowski Narodowy Blok Wyborczy“ [Gesamtjüdischen nationalen Wahlblock]. Dieser Block, der formal unabhängig war, sprach sich für eine enge Zusammenarbeit mit der Regierungspartei BBWR aus.

Die vierte Gruppe setzte sich aus verschiedenen chassidisch-orthodoxen Gruppen zusammen, die sich um die Höfe der Wunderrabbiner (Cadyk's) zusammenschlossen. Sie waren Gegner der Aufstellung einer gesonderten jüdischen Liste und riefen dazu auf, für die Regierungsliste BBWR zu stimmen. Einen ähnlichen Standpunkt vertraten auch die jüdischen Assimilatoren, deren Wahlaktion sich darauf beschränkte, einige Aufrufe gegen den Block der Nationalen Minderheiten zu veröffentlichen.

Auch die Versuche, einen jüdischen Block der sozialistischen Parteien zu gründen, schlugen fehl. So stellten die Arbeitergruppen drei Listen auf. Der „Bund“ gab sich mit lokalen Absprachen mit der PPS im Wahlbezirk Białystok und mit der „Niezależna Partia Socjalistyczna“ [Unabhängigen sozialistischen Partei] in Warschau und Wilna zufrieden und gewann die Stimmen der weißruthenischen sozialistischen Gruppe der „Sialanskij Sajuz“, nachdem die Wahlliste des Blocks der Nationalen Minderheiten in Kowel für ungültig erklärt worden war. Die „Poale-Cijon Lewica“ [Zionistische sozialistische Gruppe] schloß einen lokalen Block mit der PPS in drei Wahlbezirken in Ostgalizien. In anderen zog sie sich im Laufe der Wahlkampagne von den Wahlen zurück.

4. Zu den Problemen eines Blocks der Sozialisten mit den Minderheiten (sog. sozialistischen Blocks) und eines sozialistischen Blocks der Nationalen Minderheiten

In der konkreten politischen Lage schien ein Wahlbündnis der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) mit den nationalen Minderheiten im allgemeinen logisch, zumindest mit den sozialistischen Gruppierungen der nationalen Minderheiten. Das wäre unzweifelhaft für beide Seiten günstig gewesen. In vielen Kampagnen innerhalb des Sejms und Senats traten die Linke und die Minderheiten solidarisch auf. Besonders logisch war das Bündnis mit den Deutschen und den Juden. Sowohl die PPS als auch die jüdische sowie im Lodzer Raum und in Ostoberschlesien auch die deutsche Minderheit basierten hauptsächlich auf einer städtischen Wählerschaft. Als acht Jahre später, nach dem völligen Zusammenbruch des parlamentarischen Systems und dem Anwachsen faschistischer Tendenzen, die PPS sich zu einem derartigen Block entschloß, trug sie einen ent-

scheidenden Sieg bei den Kommunalwahlen in Lodz und in anderen Städten davon.⁵⁴

In einer kürzlich veröffentlichten Monographie über die Politik der PPS in den fünf Jahren von 1924—1928⁵⁵ sucht man vergeblich nach einer Antwort auf diese doch jedenfalls interessante Frage. Die Verfasserin beschränkt sich auf Informationen über eine Verständigung zwischen der PPS und der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei (DSAP), wobei sie deutlich vermeidet, auf die Minderheitenpolitik der PPS näher einzugehen.

Etwas Licht auf die uns interessierenden Probleme wirft ein Leitartikel des Chefredakteurs des „Robotnik“ (des Organs der PPS) Mieczysław Niedziałkowski.⁵⁶ Er brachte darin eine zusammenfassende Übersicht über die Problematik der Minderheiten und behauptete, daß auf Polen die Bürde des Nationalismus laste, der weite Kreise der Bevölkerung erfaßt habe, und folgerte daraus, daß der Staat die Nationalitätenfrage lösen müsse, denn dies sei eines der Grundprobleme für die Zukunft Polens. Er behauptete, daß dieses Problem einen wesentlichen Teil des Wahlprogramms der PPS ausmache, und kündigte einen entschiedenen Kampf gegen den Block der Nationalen Minderheiten an, weil der jüdische, deutsche oder ukrainische Nationalismus nicht besser als der polnische sei. Zum Schluß rief er die Arbeiter- und Bauernmassen der nationalen Minderheiten auf, ihre Stimmen der PPS zu geben.⁵⁷

Wahrscheinlich ist aber der Nationalismus der Minderheiten kein wirkliches Hindernis für den Abschluß eines Zweckwahlbündnisses gewesen. Denn die PPS hatte sich z. B. nicht geweigert, in den Jahren 1929—1930 mit nationalistischen polnischen Gruppierungen einen politischen Block zu bilden (den sog. „Centrolew“). Es ist eher anzunehmen, daß die PPS, obwohl sie schon manchmal gegen die Regierung opponierte, nicht entschlossen war, einen rücksichtslosen Kampf gegen Marschall Piłsudski aufzunehmen, und das Bündnis mit den Minderheiten hätte einen solchen Kampf bedeutet.

Wenn die PPS auch auf ein Wahlbündnis mit dem Block der Nationalen Minderheiten verzichtete, so konnte sie unzweifelhaft leicht den sog. sozialistischen Block, d. h. mit den sozialistischen Parteien der nationalen Minderheiten, verwirklichen. In diesem Fall war der Nationalismus kein Hindernis, und die jüdischen sozialistischen Parteien boten immer wieder ihre Mitarbeit an. Der Artikel von Niedziałkowski, der die „Bürde des

54) Siehe P. Korzec: Czerwona Łódzka Rada Miejska w latach 1936—1937 [Der rote Lodzer Stadtrat in den Jahren 1936—37], in: Studia i materiały do dziejów Łodzi i okręgu łódzkiego [Studien und Materialien zur Geschichte von Lodz und des Lodzer Bezirks], red. von P. Korzec, Lodz 1962, S. 207—254; G. Rhode: Das Deutschtum in Posen und Pommerellen in der Zeit der Weimarer Republik, in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik (Studien zum Deutschtum im Osten, H. 3), Köln, Graz 1966, S. 88—132.

55) Aleksandra Tymieniecka: Polityka Polskiej Partii Socjalistycznej w latach 1924—1928 [Die Politik der Polnischen Sozialistischen Partei in den Jahren 1924—1928], Warschau 1969.

56) „Robotnik“, Nr. 335 vom 6. 12. 1927.

57) ebenda.

Nationalismus“ unterstrich, die das politische Leben Polens belaste, erklärte auch dieses Problem. Die PPS wollte keinen offiziellen Block mit den jüdischen Sozialisten wegen des herrschenden starken Antisemitismus, aber wie aus dem letzten Appell hervorgeht, rechnete der Verfasser des Artikels damit, daß die Arbeiter der nationalen Minderheiten ihre Stimmen der PPS geben würden, da sie sonst als einzige Alternative die Vereinigung mit „bourgeoisen“ Parteien hätten, was z. B. für den dogmatisch eingestellten „Bund“ eine unannehmbare Lösung wäre.

Es blieb also die Möglichkeit eines sozialistischen Blocks der nationalen Minderheiten, die bereits seit Monaten von den ukrainischen und deutschen Sozialisten lanciert wurde. Die geplante Vereinbarung war einerseits gegen den „bourgeoisen“ Block der Nationalen Minderheiten gerichtet und in gewisser Weise auch gegen die PPS, der es sowohl die ukrainischen als auch die deutschen Sozialisten übelnahmen, daß sie sich von den sozialistischen Minderheitenparteien distanzierte.

Am 3. April 1927 fand im Sejm-Gebäude die schon lange angekündigte Konferenz der sozialistischen ukrainischen, weißruthenischen, jüdischen und deutschen Minderheitenparteien statt, letztere vertreten durch die Abgeordneten Krönig, Zerbe und Pankratz sowie den Redakteur der Kattowitzer Zeitung „Volkswille“, Kowoll.⁵⁸ Bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da verschiedene Seiten noch Bedenkzeit forderten. Ein Teil der Sitzungsteilnehmer sprach sich für eine Teilnahme am Block der Nationalen Minderheiten aus.

Mitte April 1927 fand in Königshütte der III. Kongreß der DSAP statt. Eine der Resolutionen sprach von der Notwendigkeit eines organischen Verbandes oder wenigstens von einer Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in Polen. Weiterhin hieß es in der Resolution: „Im Hinblick auf die bestehende Wahlordnung, noch mehr auf die geplante Wahlreform, ermächtigt der III. Parteitag die Parteileitung zum Abschluß eines Wahlblocks, der den Interessen unserer werktätigen Bevölkerung volle Geltung sichern würde.“⁵⁹

Konsul v. Grünau erklärte in seinem Kommentar zu dem Beschluß, dieser sei so redigiert, daß er auch für einen Block mit der PPS ein Türchen offen lasse, daß aber die deutschen Sozialisten in Ostoberschlesien von dem Nationalismus der PPS abgeschreckt würden, so daß dadurch eine Absprache unwahrscheinlich scheine. Eine Notiz über die sozialistische Haltung der PPS veröffentlichte u. a. der „Volkswille“ unter der charakteristischen Überschrift: „Westmarkenverein-Politik der PPS“.⁶⁰

Im November 1927 fand in Warschau eine Konferenz der sozialistischen Gruppen der nationalen Minderheiten statt. Daran nahmen teil: die Ukrainer Pavlo Vasyn'čuk vom „Selans'kyj Sojuz“ sowie Kobers'kyj von der USPR, die deutschen Sozialisten Krönig und Zerbe sowie Redakteur Zybert vom

58) Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Warschau vom 24. 4. 1927, P. A., Politik 5 Polen, Bd 14, S. 315; Bd 15, S. 107.

59) Bericht des Kattowitzer Generalkonsuls v. Grünau vom 25. 5. 1927, P. A., Politik 5 Polen, Bd 15, S. 104.

60) ebenda, S. 105.

jüdischen „Bund“. Besonders der „Bund“ bestand darauf, einen sozialistischen Minderheitenblock zu gründen. Die Meinungsverschiedenheiten waren jedoch zu groß. Als die Deutschen außerdem erklärten, daß sie die Absicht hätten, dem nationalen deutschen Block beizutreten, endete die Konferenz mit einem Fiasko.⁶¹

Gemäß den Beschlüssen der Versammlung der DSAP in Königshütte ging die Entscheidung über den Wahlblock auf die Kreisparteiorganisationen über. Der offizielle Standpunkt der ostoberschlesischen Organisation wurde auf der Konferenz vom 11. Dezember 1927 in Kattowitz festgelegt. Mit einer Mehrheit von 53 gegen 22 Stimmen beschloß man, ein Wahlbündnis mit der PPS einzugehen. Ein analoger Beschluß für das Teschener Schlesien fiel auf dem Treffen der Delegierten der DSAP in Bielitz am 27. November 1927.⁶²

Auf größere Schwierigkeiten und inneren Widerstand stieß dies Problem in den zentralen Wojewodschaften, wo die DSAP zwischen einem Bündnis mit der PPS und dem Block der Nationalen Minderheiten schwankte. Schließlich schloß die Leitung der Organisation am 7. Januar 1928 einen Vertrag mit dem Vertreter der PPS, dem früheren Abgeordneten Ziemięcki. Für den Beitritt der DSAP zur gemeinsamen Liste versprach die PPS, die Forderungen der deutschen Minderheiten besonders auf dem Gebiet der nationalen Kulturautonomie zu unterstützen. Der Vertrag sicherte darüber hinaus den deutschen Kandidaten günstige Plätze auf der gemeinsamen Wahlliste. Im Wahlkreis Lodz-Land kandidierte Emil Zerbe auf Platz 2, im Wahlbezirk Lodz-Stadt A. Krönig auf Platz 3. In Ostoberschlesien waren die deutschen Kandidaten in den Wahlkreisen Königshütte, Kattowitz und Teschen vertreten.⁶³

Mit einem Mißerfolg endete der Versuch, eine gemeinsame Liste der ukrainischen sozialistischen und radikalen Parteien aufzustellen. Nach Abbruch der Gespräche mit der UNDO über die Frage des Beitritts zum Block der Nationalen Minderheiten versuchte die USRP, einen ukrainischen Block der Linken aufzubauen. Am 18. Dezember 1927 wurde das „Ukrainische Wahlkomitee für den Wahlkreis Lemberg-Stadt“ der USRP, der UPP und der Gruppe „Vpered“ [Vorwärts] gegründet. Kurz danach kam es aber zu einem Bruch wegen Streitigkeiten um die Verteilung der Mandate, und die UPP stellte eine eigene Liste auf.

Angesichts der Wahlen wurde von seiten der prokommunistischen Führung des „Sel-Rob Livyčia“ der Versuch unternommen, den Bruch in der Partei zu beseitigen. Die „Sel-Rob Pravyčia“ nahm jedoch eine unveröhnliche Haltung ein, und im Endergebnis gingen diese beiden Gruppen, die starke Einflüsse in Wolhynien, Polesien und dem Lubliner Land hatten, mit verschiedenen Listen zur Wahl, wobei sie fast die gleichen Wahlprogramme vertraten.⁶⁴

61) „Osteuropäische Korrespondenz“, Berlin, Nr. 11 vom 25. 11. 1927 P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 191—193.

62) *Mniejszości Narodowe*, S. 16.

63) ebenda, S. 17.

64) ebenda, S. 27, 28, 29.

Der erbitterteste Verfechter eines gesamtpolnischen sozialistischen Blocks oder einer gemeinsamen sozialistischen Wahlliste der Minderheiten war der „Bund“. Die Lage dieser Partei war besonders schwierig. Als älteste aller jüdischen Parteien hatte der „Bund“ erhebliche Einflüsse beim jüdischen Proletariat und Halbproletariat. Zu orthodox-sozialistisch eingestellt, um dem Block der bürgerlichen Parteien beizutreten, war sich der „Bund“ darüber klar, daß er zu einem völligen Fiasko verurteilt war, falls er eine eigene Liste aufstellte.

Der „Bund“ war einer der Hauptinspiratoren mehrerer Gespräche und Versuche, einen sozialistischen Block zu gründen, die jedoch zu keinem günstigen Ergebnis führten. Nach Ausschreibung der Wahlen machte das Zentralkomitee des „Bundes“ einen letzten Versuch und richtete am 6. Dezember 1927 an alle sozialistischen Organisationen einen Apell, einen solchen Block zu bilden. Aber auch dieser Aufruf blieb ergebnislos.

Daraufhin veröffentlichte der Vorsitzende des „Bundes“, Henryk Ehrlich, in der „Folkscajtung“ den offiziellen Vorschlag, einen jüdischen sozialistischen Block zu gründen (Teilnehmer: „Bund“, PC — rechter Flügel und PC — linker Flügel), „um die Bedeutung der jüdischen Arbeiterklasse in Polen nachzuweisen“. Die nach diesem Appell aufgenommenen Gespräche wurden durch Unstimmigkeiten über die Verteilung der Mandate abgebrochen. Das war übrigens insofern ein unfruchtbarer Streit, als diese drei Gruppierungen, selbst wenn sie vereinigt waren, nur verschwindend geringe Chancen hatten, ein Abgeordnetenmandat zu erhalten.⁶⁵ (Im innerjüdischen öffentlichen Leben waren die Nationalisten tonangebend, welche der Religion recht unterschiedlich gegenüberstanden. Die bedeutendste Gruppe stellten die Zionisten, deren Tätigkeit die Balfour-Deklaration von 1917 auch in Polen Auftrieb verliehen hatte. Ihren rechten Flügel bildeten die orthodoxen Misrachi, welche die religiöse Tradition und den Hebräismus betonten. Der linke Flügel bestand aus sozialistischen Gruppen, deren bedeutendste die „Poale-Cijon“ war. Diese erstrebte eine Volksgemeinschaft in Palästina.)

Im Endeffekt kann man feststellen, daß den sozialistischen Parteien trotz ihres offiziellen Internationalismus das nicht gelang, was die nationalistischen Gruppen, obwohl durch Antagonismen und äußere Schwierigkeiten gehemmt, zustande brachten, nämlich einen Wahlblock, hier den Block der Nationalen Minderheiten.

5. Die Gründung des Blocks der Nationalen Minderheiten

Am 17. November 1927 fand in Warschau eine Konferenz der Vertreter der nationalen Minderheiten statt, um den Rahmen des Blocks festzulegen, die Mandate zu verteilen und den Wahlkampf zu beginnen. An diesen Beratungen nahmen teil: die Ukrainer Levyc'kyj, Čerkavskyj,

⁶⁵ „Naje Folkscajtung“, Nr. 293 vom 23.12.1927, zitiert nach: Mniejszości Narodowe, S. 29.

Celevič und Chruckyj, der Weißruthene Jaremič, der Jude Grünbaum, der Deutsche Hasbach und der Litauer Veleckas (Welecki).

Die Konferenz faßte folgende Beschlüsse:

1. Der Block der Nationalen Minderheiten sollte die genannten Nationalitäten, die ihre Vertreter geschickt hatten, umfassen.

2. Im Cholmer Land sollte der Status quo von 1922 aufrechterhalten werden, d. h. man beschloß, in jedem Wahlkreis einen ukrainischen Kandidaten aufzustellen.

3. Für Wolhynien wurde festgelegt, daß auf drei ukrainische Kandidaten ein jüdischer Kandidat entfallen sollte. Den Deutschen wurde in diesem Gebiet ein Mandat zugesichert. Die Angelegenheit eines deutschen Kandidaten in Ostgalizien sollte auf einer späteren Sitzung der Deutschen und Ukrainer in Lemberg entschieden werden. Wahrscheinlich sollten die Deutschen und Juden eine Sondersitzung zur Festlegung der Kandidatenliste im früheren Königreich abhalten. Es gelang jedenfalls zuerst wegen der Uneinigkeit bei den Weißruthenen nicht, Kandidatenlisten in den nordöstlichen Wojewodschaften aufzustellen.

4. Die Juden sollten eine Erklärung zum Prozeß von Szwarcbart, dem Mörder des Ataman Petljura, abgeben, was zur Beseitigung der antijüdischen Stimmung bei den Ukrainern führen würde.⁶⁶

Alle unerledigten und strittigen Fragen wurden endgültig auf der folgenden Sitzung des BMN am 18. Januar 1928 geklärt. Erst dann entschied sich die endgültige Zusammensetzung des Blocks. Im letzten Augenblick zogen sich die Litauer zurück. Andererseits wurde der Block durch den Beitritt des „Zentralen Wahlkomitees für Wolhynien, Polesien und das Cholmer Land“ unter Führung von Chruckyj und Čerkavskyj sowie der wolhynischen Sozialisten unter Führung von Pawło Vasyňčuk erheblich erweitert. Auf der Staatsliste Nr. 18 wurde die Reihenfolge der Kandidaten nach der Stärke der einzelnen Minderheiten festgelegt. Auf die ersten Plätze wurden gesetzt: Levyc'kyj, Grünbaum, Jaremič und Naumann.⁶⁷

Gleichzeitig beschloß man, einen gemeinsamen Wahlauf Ruf des Blocks der Nationalen Minderheiten zu veröffentlichen. Da dieser das einzige offizielle Dokument ist, das die Formulierung der Aufgaben und Ziele des BMN enthält, lohnt es sich, ihn in extenso vorzulegen (siehe Anhang, S. 115 f.).⁶⁸

66) „Osteuropäische Korrespondenz“ vom 25. 11. 1927, P. A., Politik 5 Polen, Bd 16, S. 194.

67) „Posener Tageblatt“, Nr. 17 vom 21. 1. 1928, P. A., Politik 5 Polen, Bd 17, S. 087.

68) „Deutsche Rundschau in Polen“, Nr. 18 vom 22. 1. 1928, P. A., Politik 5 Polen, Bd 17, S. 091. Der polnische Text des Aufrufs wurde veröffentlicht in: L. Halpern: Polityka żydowska w sejmie i senacie Rzeczypospolitej Polskiej 1919—1933 [Die jüdische Politik in Sejm und Senat der Republik Polen 1919—1933], in: Sprawy Narodowościowe [Nationalitätenfragen], Bd VII, Nr. 1, Januar—März 1933, S. 54—56.

6. Die Wahlergebnisse zum Sejm und Senat 1928

Die Wahlen zum Sejm wurden für den 4. März, diejenigen zum Senat für den 11. März ausgeschrieben. Die Bedeutung dieser Wahlen war besonders groß. Sie sollten das neue politische Antlitz der Bevölkerung zeigen, das sich im Vergleich zu 1922, als die Rechte ein erhebliches Übergewicht gewonnen hatte, weitgehend verändert darstellte. Gleichzeitig sollten sie eine Art politisches Urteil über den Maiumsturz von 1926 und über das Sanacja-Regime Piłsudskis sein.

Ein neues Element in der Wahlkampagne war die Haltung der Regierung. 1919 und 1922 hatte sich die Regierung in den Wahlkampagnen weitgehend neutral verhalten. Diesmal war die Lage völlig anders. Die Regierung stellte ihre offizielle Liste, den BBWR, sowie einige getarnte Listen auf. Der gesamte Verwaltungsapparat wurde zugunsten dieser Listen in den Wahlkampf eingespannt. Ein weites Echo fand später das Verhalten von Finanzminister Gabryel Czechowicz, der auf Empfehlung Piłsudskis 8 Mill. Złoty aus dem Staatsbudget zur Finanzierung der Wahlkampagne des BBWR zur Verfügung stellte.⁶⁹

Piłsudski rechnete wahrscheinlich mit einem Wahlerfolg, und deshalb war man auch bemüht, in ethnisch polnischen Gebieten wenigstens den Anschein einer Achtung der verfassungsmäßigen Freiheiten zu wahren. Die unrühmliche Rolle der Erpressung und Verängstigung der politischen Gegner übernahm die regierungsfreundliche Presse.

Dafür zeigten sich die Regierungsorgane in den Ostgebieten, in denen nationale Minderheiten wohnten, brutal und unverhüllt. Außer massenweisen Haussuchungen und Verhaftungen, die die Organisationen und die führenden Männer des Minderheitenblocks besonders empfindlich trafen, begann man in der Endphase des Wahlkampfes die verschiedensten Methoden und Tricks anzuwenden, durch die man einen direkten Einfluß auf das Wahlergebnis erreichen wollte. Eine dieser Methoden war die Ungültigkeitserklärung von Wahllisten der Opposition unter den geringfügigsten Vorwänden. Diese Methode wurde in mehreren Dutzend von Fällen angewandt. Das führte zur Ungültigkeitserklärung von 300 000 Stimmen, während 1922 die Zahl der ungültigen Stimmen 50 000 betrug.⁷⁰

Eines der Mittel, die Wahlergebnisse zu „verbessern“, war ein Rundschreiben des Innenministers, kraft dessen die Wahlakten „sicherheits halber“ durch die Polizei den Kreiskommissionen zugestellt wurden. Dadurch befanden sich die Protokolle mit den Wahlergebnissen einige Zeit unkontrolliert in den Händen der Verwaltung. Was dann damit geschah, kann man sich denken. In mehreren Fällen stellten die Vertrauensmänner

69) H. Swoboda [Adam Próchnik]: Pierwsze piętnastolecie Polski Niepodległej 1918—1933. Zarys dziejów politycznych [Die ersten 15 Jahre des unabhängigen Polen 1918—1933. Abriß der politischen Geschichte], 2. Aufl. Warschau 1933, S. 270—276.

70) ebenda, S. 242; Berichte des Krakauer Konsuls Rödiger vom 20. 2.: Die polnischen Behörden und die Wahlen, vom 27. 2. und vom 1. 3. 1928, P. A., Politik 5 Polen, Bd 17, S. 164, 178—179.

Unterschiede zwischen den veröffentlichten und den vorher von der Stimmzählkommission ermittelten Wahlergebnissen fest. In einem Fall hat das Oberste Gericht ein Mandat des BBWR für ungültig erklärt und festgestellt, daß die Protokolle geändert und radiert waren. Der bekannte Historiker und Politiker Adam Próchnik erklärte: „Es ist unmöglich festzustellen, wieviele Mandate der Regierungsbloc dank dieser Methode erhalten hat, da nicht alle Klagen vom Gericht geprüft wurden und man nicht immer Beweise erhalten konnte.“⁷¹

Nach Eröffnung der neuen Legislaturperiode in Sejm und Senat brachten die Parteiführer der Opposition und der nationalen Minderheiten zahlreiche Anfragen wegen Mißbrauchs und Wahlfälschungen ein.

Bei den Wahlen zum Sejm am 4. März 1928 stimmten nahezu 12 Mill. Wähler ab; das waren 3 Mill. mehr als 1922. Die Wahlbeteiligung betrug 78,3 v. H. gegenüber 67,7 v. H. 1922. Wahrscheinlich haben die Machenschaften der Behörden und die Verängstigung der Bevölkerung dazu geführt, daß trotz der energischen Agitation der Minderheitenparteien die Wahlbeteiligung in den östlichen Wojewodschaften mit 66,3 v. H. erheblich niedriger war.⁷²

Am 11. März gingen für den Senat über 6,5 Mill. Wähler zu den Urnen. Die Wahlbeteiligung betrug 63,9 v. H.⁷³

Die allgemeinen Wahlergebnisse wiesen, wie vorauszusehen war, einen Ruck nach links auf. Die Rechte, die im vorigen Sejm 28 v. H. der Mandate gehabt hatte, schrumpfte auf 8,4 v. H. zusammen und verlor somit 19,6 v. H. Die Mitte schrumpfte von 29,8 v. H. auf 12,1 v. H. zusammen, sie verlor also 17,8 v. H. der Mandate. Einen großen Teil dieser Wähler übernahm die Regierungspartei, der sog. Unparteiische Block (BBWR), der 29,3 v. H. der Mandate erhielt. Die Linke verbesserte sich von 22,1 v. H. um 8,8 v. H. auf 30,9 v. H. Die nationalen Minderheiten verloren 0,7 v. H. und erhielten statt 20,0 v. H. im Jahre 1922 19,3 v. H., obwohl dieses Mal die starke ukrainische Minderheit an den Wahlen teilnahm, die die vorigen Wahlen in erheblichem Maße boykottiert hatte.⁷⁴ Im Senat sah die Mandatsverteilung folgendermaßen aus: die regierungsfreundlichen

71) Swoboda [Próchnik], S. 242—243. Der gegenüber Piłsudski positiv eingestellte Historiker der Emigration Władysław Pobóg-Malinowski schrieb zum Thema der Wahlmißbräuche: „Das Oberste Gericht prüfte nach den Wahlen die Klagen und stellte in einem Falle fest, daß der Text des Wahlprotokolls zum Teil entstellt war, aus anderen Gründen ordnete es Neuwahlen in sieben Wahlbezirken an, was im Verhältnis zum Ganzen nur ein Bruchteil war. Am ernsthaftesten sah vielleicht der Vorwurf aus, daß Kandidatenlisten für ungültig erklärt worden waren, die 300 000 Stimmen erhalten hatten, die der Block [Regierungsbloc — P.K.] für sich in Anspruch nehmen sollte [...]. Das war gegenüber 12 Millionen Wahlberechtigten nur ein Bruchteil und konnte dem Block in den Ostgebieten zusätzlich höchstens einige Mandate bringen, weil hauptsächlich dort Ungültigkeitserklärungen durchgeführt wurden.“ Wł. Pobóg-Malinowski: *Najnowsza historia polityczna Polski 1864—1945* [Neueste politische Geschichte Polens 1864—1945], Bd II, Teil 1, London 1956, S. 515—516.

72) Swoboda [Próchnik], S. 243.

73) ebenda, S. 248.

74) ebenda, S. 247.

Listen gewannen 41,5 v. H., die Rechte 8,6 v. H., die Mitte 10,8 v. H., die Linke 18 v. H., die nationalen Minderheiten 21,7 v. H.⁷⁵

Für die einzelnen Minderheitenparteien stellte sich das Ergebnis der Wahlen von 1928 wie folgt dar:⁷⁶

Minderheitenparteien	Stimmen	Sitze
Allgem. jüd. Arbeiterbund („Bund“)	80 219	—
„Poale Cijon“	30 945	—
Komitee der verein. jüd. nationalen Parteien (galizische Zionisten)	240 780	6
Jüd. Nationalblock („Aguda“)	174 878	—
Ukrainischer Nationalverband	8 887	—
„Sel-Rob“, rechter Flügel	179 536	4
„Sel-Rob“, linker Flügel	143 475	3
Block der ukrain. sozial. Bauern- und Arbeiterparteien	268 677	9
Ukrain. Arbeiterpartei (UPP)	44 919	1
Kleinere ukrain. Parteien	27 978	—
Weißruth. Parteien	143 739	5
Russen	133 196	1
Deutsche Sozial. Arbeiterpartei (DSAP)		2
Minderheitenblock (BMN)	1 438 725	55
insgesamt	2 916 054	86

Es lohnt sich, die Ergebnisse der Listen der nationalen Minderheiten näher zu analysieren.

Auf die Listen der nationalen Minderheiten entfielen bei den Wahlen zum Sejm nahezu 3 Mill. gültige Stimmen. Das sind fast 25 v. H. (Man muß darüber hinaus betonen, daß von 300 000 ungültigen Stimmen der Hauptanteil auf die Minderheitenlisten entfiel.) Diese brachten im Endeffekt 86 Abgeordnetenmandate (ohne die Stimmen und die Minderheitenmandate der Regierungsliste des BBWR mitzuzählen), das sind 19,3 v. H.

Auf den Block der Nationalen Minderheiten, Liste 18, entfielen 1 438 725 oder etwas weniger als die Hälfte der für Minderheitenlisten abgegebenen Stimmen, aber 55 Mandate oder rund 63 v. H. der Mandate der Minderheitenparteien. Schon diese Zahlen zeigen, daß der Minderheitenblock trotz größter Schikanen und Diskriminierungen der Liste 18 seinen Wählern ein günstiges Ergebnis brachte. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß der Block der Nationalen Minderheiten 1922 trotz Boykott seitens der galizischen Ukrainer elf Abgeordnetenmandate mehr erhalten hatte als 1928, obwohl die Stimmenzahl damals über eine halbe Million niedriger gewesen war.

Von den einzelnen Nationalitäten erhielten die Deutschen im Sejm 21 Mandate, womit sie ihren Besitzstand erhöhten. Die Ukrainer bekamen 44 Mandate, die Weißruthenen zwölf, die Russen eines, die Juden 15 und

75) ebenda, S. 249.

76) Mornik [Jaensch], S. 143.

verloren damit 60 v. H. ihres früheren Besitzstandes. In diesen Angaben sind drei Ukrainer, zwei Juden und zwei Weißruthenen enthalten, die über die Regierungsliste BBWR gewählt worden waren und später zur Fraktion des BBWR gehörten.⁷⁷

Bei den Wahlen zum Senat vom 11. März wurden fünf Deutsche, sechs Juden und 13 Vertreter der slawischen Minderheiten gewählt; das sind 24 von insgesamt 111 Sitzen (21,7 v. H.). In diesen Wahlen spielte der BMN eine gewichtigere Rolle, als es eine Woche vorher der Fall gewesen war. Er bekam 1 064 000 Stimmen (16,6 v. H.); auf alle Minderheitenlisten fielen 1 547 000 Stimmen (20,6 v. H.). Auch bei diesen Wahlen erhöhten die Deutschen ihren Besitzstand. Die Juden hingegen verloren 60 v. H. ihrer Senatssitze.⁷⁸

Die Wahlniederlage der Juden war das Ergebnis ihrer territorialen Streuung und des Mangels an politischen Konzeptionen. So erhielt die orthodoxe Liste 33 „Aguda“, auf die 184 000 Stimmen entfielen, kein einziges Mandat. Ähnlich gingen 80 000 Stimmen der Liste des „Bundes“ sowie einige Zehntausende von Stimmen anderer Listen völlig verloren. Im Endergebnis brachten die 556 000 Stimmen, die auf jüdische Listen entfielen (außerhalb des BMN), nur sechs Abgeordnetenmandate.⁷⁹ Der Vergleich der Wahlergebnisse der deutschen und der jüdischen Minderheit (die jüdische Bevölkerung war dreimal so zahlreich wie die deutsche) illustriert deutlich die Rolle und Bedeutung des Blocks der Nationalen Minderheiten bei der in Polen geltenden Wahlordnung.

7. Schluß und Versuch einer Beurteilung

Formal genommen, errang die Regierung Piłsudski einen erheblichen Wahlerfolg. Die ad hoc gegründete Regierungspartei, künstlich aus den verschiedensten heterogenen Gruppen zusammengekleistert — von den konservativen Großgrundbesitzern über abgespaltene Fraktionen fast aller Parteien bis zu den ultrakonservativen orthodoxen Juden —, erhielt von allen Parteien die meisten Stimmen und Mandate. Sie ließ den traditionellen Gegner Piłsudskis, die Rechte, gegen die der Staatsstreich vom Mai 1926 gerichtet war, weit hinter sich.

Da auch die Linke, die den Umsturz Piłsudskis unterstützt hatte, ihren Besitzstand stark ausbaute, entstand zum ersten Male in der Geschichte der Zweiten Republik die Möglichkeit, eine kräftige parlamentarische Mehrheit und eine stabile Regierung aufzubauen, die durch die große Autorität Piłsudskis noch gestärkt werden konnte.

Das waren jedoch nicht die Aspirationen Piłsudskis. Er hatte nicht die Absicht, die Herrschaft mit den Parteien zu teilen, die ihn an die Macht

77) Mornik - [Jaensch], S. 143; Mniejszości Narodowe, S. 303—313; A. Ajnenkiel: Parlamentaryzm II Rzeczypospolitej [Der Parlamentarismus der Zweiten Republik], Warschau 1975, S. 270—276.

78) Swoboda [Próchnik], S. 247—249.

79) Haftka, S. 299; Mornik [Jaensch], S. 143.

gebracht hatten. Die nächsten Monate zeigten, daß er einen panischen Abscheu vor der Demokratie und dem Parlamentarismus hatte.

Die entsprechend ausgesuchte Gruppe der „Obersten“, Menschen mit mäßigen politischen Qualifikationen, frühere Sozialisten voller Bewunderung für das Regime Mussolinis, vertieften die ungesunde Atmosphäre des Kultes und der Selbstbewunderung des „Dziadek“ [Großvaters], des „Kommandanten“, des Erlösers des polnischen Volkes.

Es ist anzunehmen, daß Piłsudski, der trotz seiner diktatorischen Neigungen versuchte, die äußere Form der Demokratie zu wahren, damit rechnete, die absolute Mehrheit bei den Wahlen zu gewinnen, um seine Diktatur mit Hilfe des Parlaments zu verwirklichen. Enttäuscht versuchte er, *va banque* zu spielen und den Sejm zum Nachgeben zu zwingen, indem er sowohl die Opposition als auch die früheren, nun schwankenden Verbündeten terrorisierte. Die Geschichte des Dritten Sejms, des letzten Sejms, der um seine konstitutionelle Macht kämpfte, ist ungewöhnlich dramatisch. Sie begann am 27. März 1928 mit dem Eindringen der Polizei, brutalem Herauszerren und Verprügeln kommunistischer und einiger ukrainischer und weißruthenischer Abgeordneter und endete zwei Jahre später mit der Auflösung des Parlaments, mit der Verhaftung und Folterung der Oppositionsführer in der Festung von Brest Litowsk.

Diese Atmosphäre des politischen Terrors war für die Erhaltung eines so schwachen politischen Gebildes wie des Blocks der Nationalen Minderheiten ungünstig. Formal ein „technischer“⁸⁰, ein Zweckwahlblock, löste er sich nach den Wahlen ähnlich wie 1922 auf. Die entstehenden Nationalitäten-Fraktionen der Abgeordneten bewahrten in vielen Dingen, die Fragen der Minderheiten betrafen, ihre Solidarität und haben ihr Vorgehen auch sicherlich diskret koordiniert. Jedoch vermieden die deutsche und besonders die jüdische Fraktion politische Demonstrationen, um den Zorn des Diktators nicht auf sich zu ziehen. Der Opportunismus der galizischen jüdischen Abgeordneten (die Gruppe um Reich) ging so weit, daß sie anfänglich mit der Gründung einer gemeinsamen Fraktion mit den jüdischen Abgeordneten aus der Liste des Blocks der Nationalen Minderheiten nicht einverstanden waren.

Eine entschiedeneren Haltung nahmen die ukrainischen und weißruthenischen Abgeordneten ein. Aber die dramatischen Ereignisse des Sejms haben bei den slawischen Minderheiten die Hoffnung, die diese an das parlamentarische System knüpften, sehr schnell vernichtet. Nationalistische und irredentistische Tendenzen gewannen besonders bei den Ukrainern die Oberhand. Terror und Sabotage nahmen zu. Die blutige Pazifizierung des Jahres 1930 vertiefte den Abgrund zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Volk endgültig. Die ukrainische Bevölkerung verband ihr Schicksal immer stärker mit dem deutschen Nationalismus, besonders nach der Machtübernahme Hitlers. Der in ganz Mitteleuropa wachsende Nationalismus und Antisemitismus ergriff auch einen Teil der

80) Siehe Anhang, S. 115.

deutschen Minderheit. In den dreißiger Jahren war die Zusammenarbeit der nationalen Minderheiten zum Schutze ihrer Rechte nur noch eine Erinnerung.

*

Wie ist der Block der Nationalen Minderheiten aus historischer Sicht zu beurteilen? Dieser Versuch ist um so wichtiger, als die polnische Geschichtsschreibung, ohne das Problem näher zu erforschen, in dieser Angelegenheit einen eindeutigen Standpunkt bewahrt hat: entschieden negativ und mißbilligend. Indessen hat das Problem eine Reihe interessanter und wichtiger Aspekte, die zumindest zu Betrachtungen und Diskussionen Anlaß geben.

Der rechtlich-politische Aspekt

Der Block der Nationalen Minderheiten stand weder mit der Verfassung noch mit der Wahlordnung noch mit den in Polen herrschenden politischen Gewohnheiten in Widerspruch. 1922 war die größte Liste, die „Chrześcijańska Jedność Narodowa“ [Christlicher Verband der Nationalen Einheit], auch ein Block aus mehreren Parteien, die freilich politisch unzweifelhaft stärker homogen waren. Der BBWR aus dem Jahre 1928 war ein nicht minder vielfarbiges politisches Gebilde als der Block der Nationalen Minderheiten. Es ist übrigens kaum gerechtfertigt, Anforderungen der Logik für diesen oder jenen politischen Zusammenschluß geltend zu machen, wenn es eine freiwillige Schöpfung ist und alle Partner gemeinsame Interessen haben. Schließlich war der Block der Nationalen Minderheiten mehr ein Ergebnis der Tätigkeit des polnischen Nationalismus als früherer Pläne der Beteiligten. Der Minderheitenblock war vielmehr eine logische Konsequenz der Selbstverteidigung der Interessierten gegen die nachteilige und mit Vorbedacht gewaltsam durchgedrückte Wahlordnung.

Der moralisch-politische Aspekt

Der Block der Nationalen Minderheiten wurde in der polnischen politischen Öffentlichkeit wie ein zumindest in politischer Hinsicht amoralisches Phänomen behandelt, und diese Ansicht hat sich in der Geschichtsschreibung grundsätzlich erhalten.⁸¹ Radikalere Beurteilungen qualifizierten ihn als ein auf Initiative und im Interesse polenfeindlicher Kräfte gegen den Staat angezetteltes Komplott, wobei man auf Deutschland hinwies, während die Nationaldemokratie auch das internationale Judentum als Initiator des Komplotts bezeichnete. In dieser Abhandlung wird gezeigt, daß

81) Es sei daran erinnert, daß der polnische Politiker in der Duma, Mitglied der Partei der Konstitutionellen Demokraten (Kadetten), Aleksander Lednicki, sich im Kampf um die Autonomie an die Spitze setzte, nicht nur für die Polen, sondern auch für alle nichtrussischen Völker Rußlands. Auf seine Initiative und mit Genehmigung seiner Partei gründete er die Fraktion der Autonomisten und Föderalisten, die 100 Abgeordnete der nationalen Minderheiten in der Ersten Duma vereinigte (s. M. Kukiel: *Dzieje Polski porozbiorowej 1795—1921* [Die Geschichte Polens nach den Teilungen 1795—1921], 2. Auflage, London 1968, S. 336).

die Wilhelmstraße tatsächlich gegenüber dieser dramatischen Episode in der inneren Lage Polens nicht gleichgültig blieb. Es wäre auch naiv zu erwarten, daß Deutschland in der damaligen politischen Situation die Fehler der Nationalitätenpolitik seines östlichen Nachbarn nicht ausgenutzt hätte. Es war auch ein großer politischer Nonsens, von Millionen Menschen, die gegen ihren Willen in den polnischen Staat eingegliedert worden waren und von diesem Staat diskriminiert und der ihnen feierlich zugesagten Rechte beraubt wurden, die schließlich kraft der Verfassung sowie internationaler Verträge galten, Patriotismus zu erwarten und zu verlangen. Wenn man die Tatsache feststellt, daß zwischen deutschen, in Polen akkreditierten Diplomaten und einigen Führern der Minderheiten Kontakte bestanden, so kann man gleichzeitig darauf hinweisen, daß diese Kontakte sich, was verständlich ist, auf drei bis vier deutsche Minderheitenführer und ebenso viele ukrainische Politiker beschränkten. Es gibt dagegen weder in den deutschen Archiven noch in den Papieren von Izaak Grünbaum, Apolinary Hartglas oder Leon Reich, die im Zentralen Zionistischen Archiv in Jerusalem aufbewahrt werden, etwas, was die Vermutung zuließe, daß die jüdischen Führer des Blocks der Nationalen Minderheiten über diese Kontakte orientiert waren oder deutsche Subventionen erhielten.

Moralische Kriterien sind in der Politik selten. Sie wurden von den damaligen politischen Führern des polnischen Staates nicht besonders konsequent befolgt. Der Block der Nationalen Minderheiten wurde wie ein Komplott behandelt, wie ein Staatsverrat, und war doch im Grunde wenigstens vom formalen Standpunkt ein positives Element. Der Wahlboykott der Ukrainer von 1922 war ein Spiegelbild ihrer irredentistischen, antistaatlichen Tendenzen. Dagegen war der BMN ein Ausdruck der Akzeptierung der polnischen Staatlichkeit, das Suchen nach einer Lösung von Lebensfragen der nationalen Minderheiten im Rahmen der Legalität, im Rahmen der geltenden Verfassung und des Minderheitenschutzvertrages. Der BMN war ein politisch unzweifelhaft naiver, wenig realistischer Versuch eines Kampfes auf parlamentarischem Wege um die Rechte von 38 Prozent der Bürger des polnischen Staates, er war ein Versuch, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß Polen ein Nationalitäten- und kein Nationalstaat ist.

Zum Schluß noch einige Betrachtungen. Einige Jahre nach dem Zusammenbruch des BMN nahmen die Rolle und der Einfluß Berlins auf das Schicksal und das politische Leben der deutschen Minderheit in Polen im Vergleich zu den Jahren 1922 oder 1928 unverhältnismäßig stark zu, und trotzdem wurde diese Minderheit 1934—1938 von der polnischen Regierung erheblich wohlwollender behandelt als früher.

Das Schicksal der jüdischen Minderheit war das reine Gegenteil. Nach 1930 ging die offizielle Vertretung ihres politischen Lebens in die Hände der Gegner der Politik des BMN und der Fürsprecher der Kapitulation und der völligen Unterordnung unter die Politik der Regierung über. Trotzdem verschlechterte sich die Lage der jüdischen Bevölkerung von

Jahr zu Jahr mehr, und die jüdische Vertretung im letzten polnischen Parlament schmolz auf fünf Abgeordnete und zwei Senatoren zusammen.

In seinen 1958 veröffentlichten Erinnerungen stellt der Gegner Grünbaums und der Politik des BMN, ein leidenschaftlicher Anhänger der Zusammenarbeit mit der Regierung, Abgeordneter des letzten Sejms und Mitglied des Polnischen Nationalrates im Exil in London, Dr. Izaak Szwarcbart, aus der historischen Perspektive Betrachtungen über das Thema des Blocks der Nationalen Minderheiten an. Er stellt fest, daß sowohl die Konzeption des BMN als auch die Politik der Zusammenarbeit mit der Regierung mit einem Fiasko endeten, und folgert daraus: „Trotzdem hatte die Taktik Grünbaums wenigstens den Vorzug, daß sie unter den Bedingungen einer erfolglosen Politik die Würde der jüdischen Bevölkerung wahrte.“⁸²

82) I. Szwarcbart: *Cwizsen bajde welt-milchomes* [Zwischen beiden Weltkriegen], Buenos Aires 1958, S. 236.

Summary

The Second Bloc of National Minorities in the Parliamentary Life of Poland, from 1927 till 1928

From 1923 to 1926 the position of national minorities towards the Polish state was strengthened. There also occurred political re-groupings within the single minorities. The Bloc of National Minorities (Blok Mniejszości Narodowych = BMN) of 1922 built up a united front of the minorities for the first time, but any steady co-operation among the minorities was rendered impossible by conflicting interests and waxing nationalistic tendencies.

The decision of 15 March 1923 at the Conference of Ambassadors to incorporate the eastern territories in the Polish state disappointed the Slavonic minorities, particularly the Ukrainians among whom an anti-Polish irredentism was spreading. Tendencies to the contrary could be observed with the Jews. The loss of hopes attached to the Treaty of Protection of Minorities caused a mood of resignation and also tendencies of a conciliatory policy towards governments of the centre and the right albeit their pursuing a nationalistic and anti-semitic policy. Position and attitude of the German minority were essentially influenced by the state of relations between Poland and Germany.

The Piłsudski regime established after the coup of May 1926, rapidly disappointed the hopes aroused among the national minorities. In the face of the forthcoming Parliamentary election the Ukrainians displayed a lively political activity, with it attempting to revive the BMN. At first, however, this idea met with little enthusiasm of the leaders of the German and Jewish minorities refusing, as it were, to become allies of the Ukrainian irredentists. But Piłsudski's dictatorial and anti-Parliamentarian methods, and chiefly the hard-handed policy towards the minorities (breaking up of the White Ruthenian 'Hramada') resulted in overcoming the differences of opinion.

After long and laborious negotiations a new BMN was founded in January 1928. This was joined by the majority of German and Slavonic minorities, but by merely part of the Jewish one.

To the formation of this BMN Polish public opinion reacted with harsh animosity, government circles even with threats and repressive measures. The atmosphere of intimidation and the officials' chicanery greatly influenced the election results of March 1928, but — owing to the BMN — the German and Slav minorities could increase their number of seats in the Sejm and Senate. The Jews, however, lost 60 per cent of their seats of 1922; but they, too, owed the majority of their mandates to the BMN.

The author ends by assessing the BMN within the Parliamentary life of the Polish Republic from the aspect of legality and political justification. In the face of the unjust election system the BMN was a logical and justified act of self-defence on the part of the national minorities.

Anhang

Wahlaufruf des Blocks der Nationalen Minderheiten
in Polen

(aus: Deutsche Rundschau in Polen, Nr. 18 vom 22. 1. 1928;
vgl. oben Anm. 68)

Im Jahre 1922 haben wir zum ersten Mal in Polen, zum ersten Mal in den von vielen Nationen bewohnten Staaten Europas überhaupt, einen Wahlblock aller sogenannten nationalen Minderheiten gebildet. Die von uns aufgerufenen Volksmassen der verbündeten Nationalitäten haben solidarisch ihre Stimmen für die von uns aufgestellten Kandidaten abgegeben. Zuschanden wurden die Anstrengungen der Blockgegner. Nichts half die Agitation der Parteien, die alles aufwandten, um unter uns Zerwürfnisse herbeizuführen und die Gegensätze der Nationalitäten zu verschärfen. Der Block siegte überall, wo das nationale Bewußtsein, wo das Bewußtsein der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes um die jeder Nationalität zustehende parlamentarische Vertretung sich jeglicher Wühlarbeit, sich allen Täuschungen oder Schikanen entgegenstellte.

Unserem Beispiel folgten dann die nationalen Minderheiten in anderen Staaten, die polnische Minderheit nicht ausgeschlossen. Der Gedanke an den gemeinsamen Kampf um das Recht der freien Entwicklung aller bedrückten Nationalitäten fand in ganz Europa Gehör und führte zur Organisation von Nationalitäten-Kongressen, die bereits dreimal in Genf zusammentraten.

Jetzt, da wir wieder zu den Wahlen schreiten, erneuern wir unser technisches Wahlbündnis und rufen wiederum unsere Volksmassen auf, für die Liste der nichtpolnischen Nationalitäten zu stimmen, die um ihre nationalen und bürgerlichen Rechte kämpfen. Die Wahlordnung vom Jahre 1922, die uns alle benachteiligte, indem sie uns die Möglichkeit nahm, eine unserer Zahl entsprechende parlamentarische Vertretung zu wählen, ist unverändert geblieben. Als man im Sejm versuchte, die Wahlordnung abzuändern, da sollte diese Änderung zum Schaden für die nationalen Minderheiten erfolgen. Die allgemeine Lage unserer Nationalitäten hat sich seit dem Augenblick des erstmaligen Wahlbündnisses nur wenig geändert. Unsere grundsätzlichen Forderungen fanden keine Berücksichtigung. Der Kampf um die uns zustehenden Rechte darf daher nicht unterbrochen werden. In diesem Kampf wird unser Zusammenschluß zu einem mächtigen Wahlblock den Beweis dafür erbringen, wie stark wir sind.

Auf die Nachricht von der Erneuerung unseres Wahlbündnisses hat sich in der polnischen Öffentlichkeit ein wahrer Sturm erhoben. In der Presse mangelte es nicht an Warnungen und auch an Drohungen. Man versucht, die einen einzuschüchtern, die anderen durch Versprechungen zu gewinnen. Der Block sollte zerschlagen werden, noch bevor er zu arbeiten begann. Man spricht uns das Recht des Zusammenschlusses zwecks gemeinsamen Kampfes zur Erlangung einer entsprechenden parlamentarischen Vertretung ab. Schon unser Zusammenschluß wird als ein Vergehen gegen den Staat hingestellt. Man will uns schwächen, um uns auf Gnade und Ungnade der herrschenden Mehrheit auszuliefern, und will hierauf die weitere gegen uns gerichtete Politik aufbauen. Alle Bürger sollen das Recht haben, sich zu Wahlblocks zusammenzuschließen, nur wir nicht. Dies ist ein Beweis mehr dafür, daß wir als Bürger zweiter Kategorie behandelt werden, die jene Rechte nicht genießen dürfen, welche den

der herrschenden Nation zugehörigen Bürgern zustehen. Hierin erblicken wir eine Wiederholung jenes unglücklichen Gedankens, der die Staatsbürger in Herrschende und Beherrschte, in Bedrückende und Bedrückte teilt, jenes Gedankens, der die Ursache aller Zwietracht war.

Wir kämpfen um die unbedingte Gleichheit aller Bürger im Staate. Wir streben die Beseitigung jeglicher nationaler Bedrückung an. Der kommende Sejm soll die heute bestehende Verfassung einer Revision unterziehen. Daher muß jede Nationalität eine möglichst starke Vertretung in den Sejm und Senat entsenden, die für den Schutz der Ideale und Belange aller Nationalitäten einzutreten hat.

Unter dieser Losung erneuern wir den Block der nationalen Minderheiten. Wir sind dessen gewiß, daß unsere Volksmassen in stärkerer Zahl, als im Jahre 1922 uns Gefolgschaft leisten werden. Wir rufen deshalb zum Kampfe gegen Unrecht und Volkesnot auf.

Niemand fehle in unseren Reihen! Niemand lasse sich abschrecken, niemand durch eitle Versprechungen verleiten! Ein jeder muß wissen, daß es um nichts Geringeres, als um das Schicksal seines Volkstums geht, um dessen Existenz, um die Möglichkeit, einen erfolgreichen Kampf um das Recht auf Entwicklung zu führen.

Hinweg mit aller nationalen Unduldsamkeit und Bedrückung!
Auf zum Kampf um eine gebührende parlamentarische Vertretung!

Warschau, im Januar 1928.

Das Zentralwahlkomitee des Blocks der nationalen
Minderheiten in Polen.

Im Namen der Ukrainer:

1. Dr. Dmytro Lewickyj, Präses der U.N.D.O.
2. ehem. Senator Mychajlo Czerkawskij
3. ehem. Abgeordneter Paul Wasynczuk.

Im Namen der Weißrussen:

1. ehem. Senator Wiaczeslaw Bogdanowicz
2. ehem. Abgeordneter Fabjan Jeremicz
3. Jan Pozniak.

Im Namen der Juden:

1. ehem. Abgeordneter Izaak Grünbaum
2. ehem. Abgeordneter Maksymilian Apolinary Hartglas
3. Dr. Cembach-Szabad, Präses der Demokr. Volkspartei.

Im Namen der Deutschen:

1. ehem. Senator Ervin Hasbach
2. ehem. Abgeordneter Robert Piesch
3. ehem. Abgeordneter Josef Spieckermann.